

# Die Transformation vom bewaffneten zum politischen Akteur als Beitrag zum Frieden?

---

Die FARC in Kolumbien

von:  
Maximilian Görgens





# Die Transformation vom bewaffneten zum politischen Akteur als Beitrag zum Frieden?

---

## Die FARC in Kolumbien

von:  
Maximilian Görgens

*Umschlagbild:*

Street art in Kolumbien, *La paz es nuestra!* (Übers.: *der Frieden ist unser!*)



# **Die Transformation vom bewaffneten zum politischen Akteur als Beitrag zum Frieden?**

---

**Die FARC in Kolumbien**

von:  
Maximilian Görgens

Student am:  
Universität Hamburg,  
Deutschland

Die Jury des EuroISME-Jahrespreises für die beste Diplomarbeit in Militärethik besteht aus:

1. Oberst (i.R) Hochw. Prof. Dr. P.J. McCormack, MBE, (Präsident, Vereinigtes Königreich)
  2. Oberstleutnant (i.R.) Daniel Beaudoin (Frankreich/Israel)
  3. Dr. Veronika Bock (Deutschland)
  4. MilSup MMag. Stefan Gugerel (Österreich)
  5. Oberst (i.R.) Prof. Dr. Boris Kashnikov (Russland)
  6. Dr. Asta Maskaliūnaitė (Estland)
  7. Prof.Dr. Desiree Verweij (Niederlande)
- Frau Ivana Gošić (Serbien, Sekretariat)

Anfragen: [secretariat.ethicsprize@euroisme.eu](mailto:secretariat.ethicsprize@euroisme.eu)

[www.euroisme.eu](http://www.euroisme.eu)

Der Preis wird finanziell unterstützt von:





## Inhaltsangabe

1	Die politische Transformation der FARC als Forschungsgegenstand.....	15
1.1	Der forschungslogische Kontext.....	23
1.2	Kritik	26
2	Konzeptionelle Ausgangsbasis.....	31
2.1	Dilemmata der Rebellentransformation nach Söderberg Kovacs	31
2.2	Operationalisierung	34
3	Analyse.....	37
3.1	Das horizontale Dilemma: Inklusion <i>vs.</i> Exklusion	37
3.1.1	Juristische und politische Garantien für die FARC	37
3.1.2	Dilemma zwischen konflikt- und demokratietheoretischen Erwägungen .....	42
3.1.3	Die politische Instrumentalisierung des Dilemmas .....	49
3.1.4	Auswirkungen auf den Friedensprozess.....	55
3.1.5	Hypothesenableitung.....	58
3.2	Das vertikale Dilemma: Legitimität <i>vs.</i> Effizienz	59
3.2.1	Die strukturelle Neujustierung.....	59
3.2.2	Hardliner oder Reformers? Die Diskussion um die Policy-Ausrichtung.....	68
3.2.3	Auswirkungen auf den Friedensprozess.....	76
3.2.4	Hypothesenableitung.....	79

3.3	Das systemische Dilemma: interne <i>vs.</i> internationale Legitimierung .....	80
3.3.1	Das Engagement internationaler Akteure im Friedensprozess .....	80
3.3.2	Partizipationsmöglichkeiten der Zivilbevölkerung.....	89
3.3.3	Dilemma zwischen Vertraulichkeit und Bürgernähe .....	91
3.3.4	Auswirkungen auf den Friedensprozess.....	93
3.3.5	Hypothesenableitung.....	94
3.4	Das temporale Dilemma: Das Erbe des Bürgerkriegs <i>vs.</i> Fortschrittszwang.....	95
3.4.1	Die Versprechen des Friedensvertrags.....	95
3.4.2	Probleme der Implementierung .....	99
3.4.3	Auswirkungen auf den Friedensprozess.....	101
3.4.4	Hypothesenableitung.....	103
4	Fazit.....	105
4.1	Theoretische Erkenntnisse .....	105
4.2	Ausblick .....	109
5	Anhang.....	111
5.1	Quellen- und Literaturverzeichnis .....	111

## Abkürzungen

ANC	African National Congress (Afrikanischer Nationalkongress)
AUC	Autodefensas Unidas de Colombia (Vereinigte Bürgerwehren Kolumbiens)
BACRIM	Bandas Criminales (Kriminelle Banden)
BMZ	Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung
CNC	Centro Nacional de Consultoría (Nationales Beratungszentrum)
ELN	Ejército de Liberación Nacional (Nationale Befreiungsarmee)
EMC	Estado Mayor Central (Zentrales Generalkommando)
EPL	Ejército Popular de Liberación (Volksarmee der Befreiung)
FARC-EP (kurz FARC)	Fuerzas Armadas Revolucionarias de Colombia – Ejército del Pueblo (Revolutionäre Streitkräfte Kolumbiens – Volksarmee)
FARC (Partei)	Fuerza Alternativa Revolucionaria del Común (Alternative Revolutionäre Kraft des Volkes)
IGAC	Instituto Geográfico Agustín Codazzi
IKRK	Internationales Komitee vom Roten Kreuz
JEP	Jurisdicción Especial para la Paz (Sonderjustiz für den Frieden)

La U	Partido Social de Unidad Nacional (Soziale Partei der Nationalen Einheit)
M-19	Movimiento 19 de Abril (Bewegung des 19. April)
MAPP	Misión de Apoyo al Proceso de Paz en Colombia (Mission zur Unterstützung des Friedensprozesses in Kolumbien)
OACP	Oficina del Alto Comisionado para la Paz (Büro des Hohen Kommissars für den Frieden)
OAS	Organization of American States (Organisation Amerikanischer Staaten)
OCHA	United Nations Office for the Coordination of Humanitarian Affairs (Büro der Vereinten Nationen für die Koordination Humanitärer Angelegenheiten)
OECD	Organization for Economic Co-operation and Development (Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung)
PCC	Partido Comunista Colombiano (Kolumbianische Kommunistische Partei)
PRIO	Peace Research Institute Oslo (Friedens- forschungsinstitut Oslo)
PS	Parti Socialiste (Sozialistische Partei)

PSOE	Partido Socialista Obrero Español (Spanische Sozialistische Arbeiterpartei)
RENAMO	Resistência Nacional Moçambicana (Nationaler Widerstand Mosambiks)
RUF	Revolutionary United Front (Revolutionäre Vereinigte Front)
RUV	Registro Único de Víctimas (Einheitliches Opferregister)
UCDP	Uppsala Conflict Data Program (Uppsala Konfliktdatenprogramm)
UN	United Nations (Vereinte Nationen)
UP	Unión Patriótica (Patriotische Union)



# 1 Die politische Transformation der FARC als Forschungsgegenstand

Kann die Transformation von einem bewaffneten zu einem politischen Akteur in innerstaatlichen Konflikten einen Beitrag zum Frieden leisten? Diese Frage ist in der Wissenschaft umstritten. In der verbreiteten Tradition des Liberalen Friedens wird unter dem Motto „from bullets to ballots“ die Chance gesehen, die divergierenden Interessen der Konfliktparteien im Rahmen politischer Strukturen gewaltfrei zum Ausdruck zu bringen (vgl. Hartmann/ Schrader 2010: 72). Das Friedensziel ist dabei von der Motivation geleitet, die Demokratie als „the only game in town“ (Linz/ Stepan 1996: 5) zu etablieren. Bereits 1992 hoben die Vereinten Nationen in ihrer *Agenda for Peace* Demokratisierung und institutionelle Reformen als wichtige Voraussetzungen für einen dauerhaften Frieden hervor, was schließlich zu einer Ausdehnung der Mechanismen der Konfliktbewältigung führte. Mittlerweile herrscht die Vorstellung vor, dass Friedensverträge inklusiv sein müssen, um erfolgreich zu sein (vgl. Kurtenbach 2012: 2). Die Inklusion von Rebellen, sei es durch Interimsregierungen, Machtteilung oder durch politische Transformation, gilt aus dieser Perspektive als sinnvoll. Dahinter steht die Einsicht, dass diese einen wichtigen

Anreiz für das Engagement im Friedensprozess bietet. Außerdem besteht die Annahme, dass Rebellen Gruppen legitime Forderungen eines Teils der Bevölkerung demokratisch vertreten und dadurch einen Beitrag leisten können, bestehende Ungleichheiten zu vermindern (vgl. Söderberg Kovacs 2008: 136).

Der Erfolg solcher Projekte in fragilen Nachkriegsgesellschaften darf jedoch bezweifelt werden. Denn statistisch gesehen liegt die Gefahr eines Rückfalls in Gewalthandlungen nach Angaben der Weltbank in den ersten fünf Jahren bei 44 Prozent (vgl. Walter 2010: 1)<sup>1</sup> – ein Trend, der sich seit 1989 verstärkt hat. Laut Brzoska (vgl. 2009: 16–17) ist dies ein Zeichen dafür, dass der sogenannte „Verhandlungsfrieden“ immer häufiger scheitert.<sup>2</sup> Der tatsächliche Wert der Rebellentransformation für den Frieden ist also nicht so eindeutig, wie er auf den ersten Blick scheint.

Die liberale Peacebuilding-Literatur, die größtenteils auf der europäischen Erfahrung nach dem Zweiten Weltkrieg basiert (und damit weitgehend spezielle Problematiken von nicht-

---

<sup>1</sup> Die Studie berücksichtigt Fälle von 1990 bis 2009.

<sup>2</sup> Außerdem werden Konflikte seltener durch den Sieg einer Seite beendet. Zudem besteht das Risiko, dass abgeflaute Konflikte wieder aufflammen (vgl. Brzoska 2009: 17).

OECD-Staaten ausschließt), offenbart deutliche Schwächen darin, die Grauschattierungen von Inklusionsprojekten zu erklären. In Bezug auf die politische Transformation findet insbesondere die Schnittstelle zwischen den Forschungsfeldern „Demokratisierung“ und „Frieden“ zu wenig Beachtung (vgl. Söderberg Kovacs 2008: 135). Beide Aspekte werden in der vorherrschenden liberalen Literatur mehrheitlich als Werte betrachtet, die sich gegenseitig verstärken. Jedoch kann der Trend zur Inklusion von Rebellengruppen, wie er sowohl in der Wissenschaft als auch in praxisorientierten Guidelines<sup>3</sup> zu finden ist, nicht darüber hinwegtäuschen, dass es dabei zwischen den Prozessen der Konfliktbewältigung und der Demokratisierung paradoxerweise zu negativen Wechselwirkungen kommen kann.

Dieses Problem ist von Mimmi Söderberg Kovacs (2008) in der Multi-Cases-Studie „When rebels change their stripes: armed insurgents in post-war politics“ im Band „From War to Politics. Dilemmas of Peace-building“ von Jarstad und Sisk (2008) in vier verschiedene Grundtypen konfliktverschärfender Dilemmasituationen gefasst worden.

---

<sup>3</sup> Siehe Lessons Learned der Berghof Foundation (Dudouet/ Giessmann/ Planta 2016) sowie die Guiding Principles des United States Institute of Peace (2009).

Bisher fehlen jedoch breite Einzelfallstudien, die diesen Ansatz weiterverfolgen. Da sich die Autorin vornehmlich auf „War-to-Democracy“-Fälle wie Bosnien, Angola, Sierra Leone und Kambodscha bezieht, bei denen die Rebellentransformationen im Rahmen von gewaltanfälligen Transitionsphasen autokratischer Staaten stattgefunden haben, verspricht eine Analyse der Dilemmata in konsolidierten Demokratien lohnenswerte Erkenntnisse. Da Bürgerkriege in Demokratien statistisch gesehen seltener als in anderen Regierungssystemen vorkommen, stehen die demokratiespezifischen Charakteristika der Rebellentransformation in der Wissenschaft bisher nicht im Vordergrund (vgl. Gromes 2008).

Eine erhöhte Aufmerksamkeit und eine Debatte über diese systematischen Problematiken sind gerade in Kolumbien von hoher Relevanz, da sich dort – im Unterschied zu den von Söderberg Kovacs genannten Beispielen – die politische Integration der FARC innerhalb der bestehenden Ordnung der Verfassung von 1991 vollzieht. Diese gilt aus demokratietheoretischer Sicht als fortschrittlich, auch wenn gravierende Defizite in der Verfassungswirklichkeit wie Korruption nicht unterschätzt werden dürfen (vgl. Bertelsmann-Stiftung 2018a; vgl. Giraldo/ Muñoz 2014: 17–18).

Der inklusive Friedensvertrag, der am 24. November 2016 zwischen der Regierung Santos und der FARC im Theater Colón in Bogotá geschlossen worden ist, hat es ermöglicht, dass sich die Ex-Guerilla statt mit Waffen nun im Rahmen des politischen Systems für ihre Ziele einsetzt. Dafür hat sie sich Ende August 2017 offiziell zu einer politischen Partei umgewandelt und konnte bereits an den Parlamentswahlen am 11. März 2018 teilnehmen (vgl. Gehring/ Gehrman 2017: 1). Ab dem 20. Juli wird die neue Partei aufgrund von politischen Garantien zum ersten Mal mit zehn Abgeordneten im Kongress vertreten sein.

Vor dem Hintergrund der historischen Erfahrung der ersten politischen Inklusionsbestrebung, ist das derzeitige Transformationsprojekt der FARC besonders brisant. Mitte der 80er Jahre hatte sich mit der *Unión Patriótica* (UP) die erste FARC-Partei gegründet, deren Mitglieder bis Ende der 90er Jahre von der kolumbianischen Regierung massiv verfolgt und ermordet worden waren (vgl. Cepeda Castro 2006: 101–102). Außerdem wird der Prozess aufmerksam von der zweiten großen Guerilla, der ELN (*Ejército de Liberación Nacional*), sowie kleineren bewaffneten Gruppen beobachtet, die zurzeit um das von der FARC hinterlassene Machtvakuum kämpfen (vgl. Binningsbø/ Dahl/ Nygård/ Weintraub 2018: 6). Die Aktionen

dieser Akteure führen derzeit zu einem Anstieg der Gewalt. Denn auch wenn sich die humanitäre Lage im Zuge der Friedensverhandlungen mit der FARC zunächst verbesserte, sind wieder negative Trends zu verzeichnen. So zeigt die Statistik der Massenvertreibung für das erste Trimester 2018 einen Anstieg von 21 Prozent im Vergleich zum Vorjahr (vgl. OCHA 2018: 1–2). Ebenfalls alarmierend sind die Statistiken zur Gewalt gegen Menschenrechtsaktivisten, soziale Führungspersonen, Indigene, Afrokolumbianer und Frauen (vgl. Amnesty International 2018: 44–46). Vor diesem Hintergrund hat der Friedensprozess mit der FARC eine immense Signalwirkung, da eine erfolgreiche politische Transformation der FARC Anreize für weitere Demobilisierungen von anderen bewaffneten Gruppen nach sich ziehen könnte.

Während des hoch komplexen 52-jährigen gewaltsamen Konflikts, in dem nach Angaben der staatlichen Registrierungsstelle *Registro Único de Víctimas* (RUV) bisher 267.308 Tote, 7,4 Millionen Inlandsvertriebene (*desplazados*) sowie 24.985 sexuelle Übergriffe gezählt wurden, sind jedoch verschiedene Friedensbemühungen zwischen FARC und Regierung bisher gescheitert (vgl. *Unidad para las Víctimas*, Stand: 01.04.2018).

Auch der erneute (und bisher vierte) Annäherungsversuch sieht sich vielen Herausforderungen gegenübergestellt. Denn besonders mit der Wahl des rechten Politikers Iván Duque, der am 7. August als neuer Präsident in den Nariño-Palast einziehen wird, haben sich die Vorzeichen für eine erfolgreiche politische Transformation der FARC verändert. So hat Duque bereits angekündigt, umfangreiche Modifikationen am Friedensvertrag vorzunehmen, welche den gesamten Friedensprozess aufs Spiel setzen könnten (vgl. Manetto 2018). Diese härtere Linie gegen die FARC muss im Kontext der derzeitigen Situation verstanden werden, in der das Land stark polarisiert ist und die Gräben zwischen Befürwortern und Gegnern des politischen Inklusionsprojekts deutlich ersichtlich sind (vgl. Naucke/ Maihold 2015: 4).

Vor diesem Hintergrund muss die Frage nach den Auswirkungen der politischen Umwandlung der FARC neu gestellt werden. **Kann diese einen Beitrag zum Frieden in Kolumbien leisten?** Um diese Frage zu beantworten, sollen die von Söderberg Kovacs (2008) formulieren Dilemmata in einer qualitativen Analyse auf den Prüfstand gestellt werden. Dazu wird diskutiert, inwiefern diese den Friedensprozess beeinflussen.

Die Argumentation stützt sich vordergründig auf Sekundärquellen wie Medienbeiträge sowie offizielle Verlautbarungen, Veröffentlichungen und Statute der am Friedensprozess beteiligten Akteure. Soweit es möglich ist, fließen statistische Daten in die Analyse mit ein. Der Untersuchungszeitraum startet mit Beginn der Friedensverhandlungen und berücksichtigt aktuelle Entwicklungen des Superwahljahres 2018.

Da Söderberg Kovacs Ansatz kein fertiges Theoriegebäude darstellt, ist die Methodik induktiv. Diese zeichnet sich nach Peirce dadurch aus, dass sie von Fall und Resultat auf die Regel schließt (vgl. Krumm/ Noetzel/ Westle 2009: 102). Durch die heuristische Vorgehensweise soll diese Arbeit einen Beitrag dazu liefern, weitere Forschungsfragen und Hypothesen zu entwickeln, welche durch einen gewissen Grad an theoretischer Abstraktion, einen wissenschaftlichen Fortschritt in Bezug auf die Dilemmata leisten können, die gerade in Bezug auf die Inklusion von Rebellengruppen in bereits bestehende demokratische Systeme noch kaum erforscht sind. Auf diese Weise soll die Arbeit dazu beitragen, eine grundsätzliche Reflexion über die Friedenswirkung von Rebellentransformationen anzustoßen.

### 1.1 *Der forschungslogische Kontext*

In der Nachkriegsforschung ist die Beschäftigung mit den Gründen, Dynamiken und Effekten von Rebellentransformationen noch relativ jung (vgl. Mehler 2011: 117). Dies ist damit zu erklären, dass dieses Phänomen erst nach Ende des Kalten Kriegs gehäuft zu beobachten ist. Wie die Daten des *Uppsala-Conflict-Data-Programms* (UCDP) belegen, hat die Anzahl von innerstaatlichen Friedensverträgen seit 1991 signifikant zugenommen. Erst seitdem finden sich entsprechende Passagen in innerstaatlichen Friedensverträgen, welche eine Transformation von Rebellengruppen in eine politische Partei explizit vorsehen.<sup>4</sup>

Nichtsdestotrotz lässt sich die Literatur in zwei verschiedene Arten wissenschaftlicher Ansätze kategorisieren. Beide betrachten die Rebellentransformation als Schlüsselement für den Frieden, doch unterscheiden sie sich in ihren Paradigmen, unter denen der „Erfolg“ der Rebellentransformation bewertet werden soll (vgl. Söderberg Kovacs/ Hatz 2016: 992–998).

---

<sup>4</sup> Nach einer empirischen Studie von Söderberg Kovacs und Hatz (vgl. 2016: 998-999) zufolge sind 60,5 Prozent, d.h. 104 von 172 aller vertraglichen Rebel-to-Party-Vorkehrungen zwischen 1975 und 2011 im Kontext afrikanischer Konflikte getroffen worden.

Zum einen sind **konfliktzentrierte Ansätze** zu nennen, welche im Kern die Frage stellen, unter welchen Konflikteigenschaften die politische Transformation begünstigt wird. Manning (2004) sieht beispielsweise einen Zusammenhang zwischen dem politischen Erfolg von Rebellenparteien und deren Fähigkeit, Ressourcen und Unterstützung in einem sich wandelnden politischen Kontext zu generieren. Nach Allison (2010) kommt dabei dem Charakter bewaffneter Gruppen zu Kriegszeiten eine besondere Bedeutung zu. In einer Einzelfallstudie zu El Salvador konnte er einen Zusammenhang zwischen der regionalen, gesellschaftlichen Unterstützung bei den Nachkriegswahlen und dem Verhalten der Rebellen zu Kriegszeiten gegenüber der Zivilbevölkerung in den jeweiligen Regionen feststellen. Ähnlich äußern sich Hensell und Gerdes (2017), die ausgehend von einer Theorie Bordieus auf individueller Ebene die Bedeutung von sozialem Kapital für die individuelle politische Karriere von Ex-Rebellen hervorheben.

Des Weiteren stechen **demokratiezentrierte Ansätze** hervor. Diese gehen von der Literatur zur Demokratisierung und politischen Parteien aus und heben die Effekte demokratischer Strukturen auf die Rebellentransformation hervor. So argumentiert Manning (vgl. 2007: 268), dass der Druck eines intensiven Parteienwettbewerbs dazu führt, dass

sich Rebellenparteien anpassen und innerparteiliche Reformen vornehmen.<sup>5</sup> Mit Shugart (1992) ließe sich eine Rational Choice Perspektive ergänzen, welche argumentiert, dass die Anreize zur politischen Transformation steigen, je eher der institutionelle Rahmen die Chance dafür bietet, eine „relevante Partei“ im Sinne Sartoris (1976) zu werden.<sup>6</sup> Aus Sicht des Regimes wird die elektorale Inkorporation von Rebellen dann wahrscheinlicher, wenn die Kosten zur politischen Exklusion der Rebellen die Kosten einer Politik der Toleranz übersteigen (vgl. Dahl 1971).

Weitere Studien beschäftigen sich mit dem Thema der internen Demokratisierung von Rebellenparteien. Hier finden sich sowohl Studien zur Kandidatenauswahl (vgl. Ishiyama und Marshall 2015) sowie zu den Herausforderungen im demokratischen Umwandlungsprozess. Ishiyama und Batta (2011) argumentieren, dass Rebellenparteien im Demokratisierungsprozess mit hoher Wahrscheinlichkeit von innerparteilichen Spaltungen

---

<sup>5</sup> Dies bedeutet aber nicht zwangsläufig, dass diese dadurch moderater, intern institutionalisierter oder engagierter im demokratischen Wettbewerb werden.

<sup>6</sup> Die Möglichkeit zur Partizipation an exekutiver Macht oder zur Einflussnahme auf andere Parteien bilden hier entscheidende Kriterien (vgl. Shugart 1992: 122).

betroffen sind, die durch Streits über die eigene Identität und Struktur der neuen Partei ausgelöst werden.

## 1.2 *Kritik*

In Bezug auf beide Literaturansätze ist festzustellen, dass es den meisten Autoren hauptsächlich um die Bedingungen und Umstände geht, unter denen sich Rebellen entweder der politischen Bühne zuwenden oder politisch erfolgreich sind, ohne den Wert der Rebellentransformation für den Frieden in Frage zu stellen (vgl. Marshall/ Ishyama 2016: 1009). Zudem lassen sich nur sehr wenige Querverbindungen zwischen konflikt- und demokratiezentrierten Ansätzen finden. Dadurch kann die Komplexität politischer Transformationsprozesse nicht vollständig erfasst werden:

Konfliktzentrierte Ansätze sind zu kurz gegriffen, wenn diese die politische Transformation nur in Bezug auf das Ziel der Kriegsbeendigung oder der Stabilität bewerten. Studien mit einer solchen Tendenz bewegen sich in Richtung eines „illiberalen“ Friedensverständnisses und laufen Gefahr, menschenrechtliche Anforderungen zu vernachlässigen. Wie die Nachkriegsentwicklungen in Angola oder Kambodscha zeigen, können staatliche Repressionen und die Konfliktintensität wieder

zunehmen, wenn sich der Friedensprozess zu autoritär gestaltet (vgl. Kurtenbach 2017: 6).

Ebenso problematisch sind demokratieorientierte Ansätze, die sich im Sinne des „liberalen Friedens“ zu sehr auf die politische Partizipation (insbesondere Wahlen) konzentrieren. Durch diesen Fokus entsteht die Gefahr, dass die politische Transformation von Rebellen durch die Integration in das Wahlsystem und politische Institutionen vorschnell als beendet erklärt wird (vgl. Ottaway 1997: 3). Dies würde implizieren, dass der Umwandlungsprozess mit der Parteigründung und der Teilnahme an politischen Wahlen abgeschlossen wäre. Oft zeigt sich jedoch erst nach Jahren und mehreren demokratischen Machtwechseln, ob sich eine Ex-Guerilla-Partei erfolgreich in das Parteiensystem eingegliedert hat und die Spielregeln akzeptiert. Außerdem besteht das Risiko der Instabilität, wenn im Zuge einer zu starken Demokratiefixierung Reformen durchgeführt werden, zu denen die Betroffenen (noch) nicht bereit sind (vgl. Kurtenbach 2017: 6). So muss der Prozess der Demokratisierung, der in der Regel die Umgestaltung des politischen Rahmens in Form einer Öffnung des politischen Raums oder Verbesserungen in Bezug auf Menschenrechte, Partizipation und Streitkultur zur Folge

hat (vgl. Jarstad 2008: 17), nicht zwangsläufig von allen Akteuren akzeptiert und mitgetragen werden.

Wie sich hier bereits andeutet, ist die Frage nach dem Wert der Rebellentransformation für den Frieden nicht mit einfachen Lösungen zufriedenstellend zu beantworten. Dies liegt vor allem daran, dass die Minimaldefinition von Frieden nicht als Entscheidungskriterium ausreicht, um diesen zu ermitteln. Gerade im Fall Kolumbiens zeigt sich, dass der Friedensprozess in Bezug auf die Verhandlungsinhalte weit über das Ziel der Abwesenheit von Krieg hinausgeht; der mehr als 300-seitige Friedensvertrag ist einer der detailliertesten und umfangreichsten seiner Art (vgl. Acuerdo Final 2016). Auch kann es nicht um die Abwesenheit von Konflikten gehen, da diese zum „normalen“ Alltag einer Gesellschaft dazugehören und Motor des Fortschritts sind (vgl. Rittberger 2008: 4). Frieden muss vielmehr als ein komplexer und diffiziler Prozess verstanden werden, bei dem es darum geht, mit diesen unausweichlich vorhandenen Konflikten in einer Weise umzugehen, bei der Gewalt reduziert und kontrolliert wird. Dies spiegelt sich auch in einer Definition von Johan Galtung wider: „Offenbar bedeutet die Schaffung von Frieden die Reduzierung von Gewalt (Heilung) wie die Vermeidung von

Gewalt (Prävention). Und Gewalt heißt, jemandem schaden oder ihm Verletzungen zufügen” (Galtung 1998: 17).

Nach dieser Definition müssen sich die beteiligten Akteure aktiv um den Frieden bemühen. Aus diesem Grund soll das Akteurshandeln in dieser Arbeit im Vordergrund stehen und in Bezug auf die Gewaltreduzierung und -prävention beurteilt werden. So ist bei der Analyse der Dilemmasituationen danach zu fragen, ob es den Beteiligten gelingt, die historische Aufgabe der friedlichen Koexistenz zu erfüllen und eine Friedensgefährdung durch eine „schrittweise Annäherung” (Meyer 2011: 41) zu vermeiden.



## 2 Konzeptionelle Ausgangsbasis

### 2.1 *Dilemmata der Rebellentransformation nach Söderberg Kovacs*

Um die Problematik der Einseitigkeit von konflikt- bzw. demokratiezentrierten Ansätzen zu umgehen, braucht es eine konzeptionelle Ausgangsbasis, welche durch eine Gegenüberstellung der Werte „Frieden“ und „Demokratie“ einen breiteren Zugang ermöglicht. Einen ersten Ansatz dieser Art findet sich bei Söderberg Kovacs (2008: 141–145), die in Bezug auf Rebellentransformationen vier verschiedene Grundtypen konfliktverschärfender Dilemmasituationen nennt:

Das **horizontale Dilemma** betont die Schwierigkeit, Forderungen nach Inklusion und Exklusion miteinander zu verbinden. So gilt die Inklusion von Rebellengruppen zwar einerseits als alternativlos, damit ein bewaffneter Konflikt tatsächlich beendet wird, andererseits sind die zugrundeliegenden Bedingungen, wie Amnestien oder Garantien über politische Partizipation, der Bevölkerung nur schwer zu vermitteln. Es besteht die Gefahr, dass eine Kultur der Straflosigkeit eingerichtet wird, die nicht mit dem demokratischen Prinzip der Rechtstaatlichkeit vereinbar ist. Dies ist besonders besorgniserregend, wenn die Bevölkerung den Eindruck hat, dass Rebellen für ihr kriminelles und gewalttätiges Verhalten „belohnt“ werden und Ver-

brechen gegen die Menschlichkeit ungestraft bleiben (vgl. Jarstad 2008: 22).

Das **vertikale** Dilemma bewegt sich zwischen interner Legitimität und Effizienz der Partei. Normalerweise ist die Organisationsstruktur bewaffneter Gruppen nicht auf Demokratie ausgelegt. Um bei den Wahlen zu bestehen, müssen sich die Rebellenparteien jedoch einer breiteren Wählerschaft öffnen. Dies erfordert Kompromisse zwischen pragmatischen Parteikadern und Hardlinern, da es ansonsten zu inneren Spannungen und Spaltungen kommt. Diese bilden einen Nährboden für Dissidenten und stellen somit ein Risiko für den Frieden dar. Da Guerillas meistens hierarchisch verfasst sind, sehen sich die Rebellenparteien gezwungen, Veränderungen zugunsten einer demokratischen inneren Gruppenstruktur vorzunehmen. Anforderungen wie die Erhöhung von Transparenz, Verantwortung und Effizienz stellen ebenfalls Herausforderungen für den internen Zusammenhalt dar (vgl. Söderberg Kovacs 2008: 145–149).

Des Weiteren nennt die Autorin ein **systemisches Dilemma**. Dieses geht davon aus, dass für die Rebellentransformation sowohl eine Unterstützung durch internationale Akteure als auch die Legitimierung durch die lokale Bevölkerung unverzichtbar sind. Widersprechen die Intentionen internatio-

naler Akteure der öffentlichen Wahrnehmung und Meinung der betroffenen Bevölkerung, kann dies dem Frieden schaden. Andersherum darf die technische, logistische und finanzielle Unterstützung internationaler Akteure nicht für den Erfolg des Friedensprozesses unterschätzt werden (vgl. Söderberg Kovacs 2008: 149–151).

Das vierte, **zeitliche Dilemma** thematisiert das Problem, dass sichtbare Verbesserungen im Alltag und ein Fortschritt im Demokratisierungsprozess unverzichtbar sind, um das Risiko eines erneuten Kriegsausbruchs zu verringern. In Nachkriegsgesellschaften sind die Bedingungen für eine erfolgreiche Demokratisierung und Konsolidierung der Demokratie jedoch ungünstig, da die Gesellschaft zumeist stark polarisiert ist und eine erhöhte Bedrohungswahrnehmung aufweist. Anders formuliert veranschaulicht dieses Dilemma die Gefahr, dass die Bevölkerung sowie die Konfliktparteien den Wert des Friedensvertrags umso stärker in Frage stellen, je länger es dauert bis der Frieden direkt spürbare Verbesserungen im Alltag, sogenannte „Friedensdividenden“, hervorbringt (vgl. Söderberg Kovacs 2008: 152–153).

## 2.2 *Operationalisierung*

Aus den Dilemmata lassen sich eine Reihe von Indikatoren formulieren, an denen sich feststellen lässt, wie sich die politische Transformation der FARC auf den Frieden in Kolumbien auswirkt. Bei der Analyse des ersten Dilemmas liegt der Fokus auf der gesellschaftlichen Akzeptanz der Inklusionsmaßnahmen. Anhand von Survey-Daten und einer empirischen Analyse von Medienberichten soll ermittelt werden, ob es, v.a. durch die Amnestien und politischen Partizipationsgarantien, bei der Rebellentransformation zu einer verstärkten Polarisierung gekommen ist oder nicht.

In Bezug auf das zweite Dilemma steht die Innenperspektive der FARC im Vordergrund. Durch einen Vergleich von Organigrammen, die die Organisationsstruktur vor und nach der Transformation auf Basis von FARC-Statuten zeigen, soll analysiert werden, inwiefern es im Zuge der politischen Umwandlung zu einer internen Demokratisierung gekommen ist. Zudem sollen Konstanten und Veränderungen in der ideologischen Ausrichtung identifiziert werden, die sich vor allem in der parteipolitischen Praxis zeigen können. Im Hinblick auf das Friedensziel wird in Bezug auf beide Umwandlungsprozesse (Struktur und politische Agenda) einerseits zu klären sein, ob die FARC den demokratischen Anforderungen gerecht wird

und andererseits, wie sich diese Prozesse auf den inneren Zusammenhalt auswirken.

Die Problematik des systemischen Dilemmas ermittelt sich durch eine Analyse der lokalen und internationalen Partizipation im Friedensprozess. Mit Blick auf den Friedensvertrag stellt sich hier die Frage, wessen Interessen sich mit welcher Intensität durchgesetzt haben. Sind die Begründungsmuster internationaler Unterstützung oder Ablehnung der Rebellentransformation an den Interessen der lokalen Bevölkerung ausgerichtet?

Beim vierten Dilemma stellt die Geschwindigkeit der Umsetzung der im Friedensvertrag beschlossenen Maßnahmen, die eine Friedensdividende für die breite Bevölkerung versprechen, das ausschlaggebende Kriterium dar. Hier liegt der Fokus auf den vertraglich festgelegten Plänen zur Landreform, da die Ungleichverteilung von Land zu den grundlegenden Konfliktursachen in Kolumbien gehört. Ein Abgleich mit sozioökonomischen Daten stützt die Argumentation.

Am Ende der Analyse eines jeweiligen Dilemmas soll der Blick schließlich darauf gerichtet werden, was der Fall Kolumbien für die Rebellentransformation innerhalb demokratischer Regierungssysteme aussagt. Dazu werden jeweils Hypo-

thesen formuliert, welche einer breiteren wissenschaftlichen Diskussion zur Verfügung gestellt werden sollen.

### 3 Analyse

#### 3.1 *Das horizontale Dilemma: Inklusion vs. Exklusion*

##### 3.1.1 *Juristische und politische Garantien für die FARC*

Inklusive Ansätze der Konfliktbewältigung sind in Kolumbien keine Selbstverständlichkeit. Besonders unter der Amtszeit Uribe (2002–2010) setzte die kolumbianische Regierung darauf, die FARC mit militärischen Mitteln zu besiegen. Eine Strategie, welche der spätere Nobelpreisträger Juan Manuel Santos als Verteidigungsminister mitgetragen hatte und zu Beginn seiner Präsidentschaft zunächst fortsetzen sollte. Gespräche ließ die Regierung in dieser Zeit nur über die Modalitäten der Demilitarisierung, nicht aber über die Konfliktbewältigung zu (vgl. Kurtenbach 2012: 2). Durch diese militärische Großoffensive sah sich die FARC deutlich geschwächt.<sup>7</sup> Die Mitgliederzahl der Guerilla sank von ca. 20.000 auf 8.000 Kämpfer, doch schien ein Frieden durch Sieg für das Militär nicht in Sicht (vgl. McDermott 2010). Wie die ersten öffentlichen Gespräche in

---

<sup>7</sup> Unter die Amtszeit Santos als Verteidigungsminister fallen prominente Militäroperationen gegen die FARC. Dazu zählen u. a. ein Bombenangriff 2008, der den Tod des FARC-Sprechers Raúl Reyes zur Folge hatte und eine diplomatische Krise im Verhältnis zum Nachbarland Ecuador ausgelöst hatte, auf dessen Territorium die Operation durchgeführt worden war. Ebenfalls viel beachtet war die Befreiung der ehemaligen Präsidentschaftskandidatin Ingrid Betancourt sowie 14 weiterer Geiseln im selben Jahr (vgl. Käufer 2008).

Oslo am 18. Oktober 2012 zwischen Vertretern der FARC und der Regierung zeigten, wurde aus diesem Grund die Möglichkeit einer Verhandlungslösung erneut diskutiert, auch wenn auf beiden Seiten große Skepsis vorherrschte. Die Regierung konnte sich nicht sicher sein, ob die FARC zu einem ernsthaften Dialog bereit war. Ende der 90er Jahre hatte die Guerilla beispielsweise Gespräche mit der Regierung Pastrana und die daraufhin erfolgte Demilitarisierung einer 42.000 km<sup>2</sup> großen Zone im sogenannten Caguán für die Reorganisation ihrer Kampfeinheiten missbraucht (vgl. Marti 2012). Auf Seiten der FARC herrschte die Befürchtung vor, die Regierung würde ihre Forderungen nicht ernstnehmen. Aufgrund der historischen Erfahrung mit der UP sowie der realen physischen Bedrohung durch substaatliche Gegner waren Sicherheitsgarantien von zentralem Interesse, die jedoch durch die mangelnde Präsenz des Staates in einigen Regionen von Anfang an nicht als umfangreich betrachtet werden konnten (vgl. Naucke/ Maihold 2015: 1–2).

Dieses reziproke Misstrauen zeigte sich deutlich in der Art der Verhandlungsführung. So fanden die Oslo-Gespräche statt, ohne dass vorher ein Waffenstillstand vereinbart worden war. Zudem sorgte das Prinzip des *single undertaking* dafür, dass die einzelnen Verhandlungspunkte nur im Falle eines

erfolgreich abgeschlossenen Gesamtpakets gelten sollten (vgl. Naucke/ Maihold 2015: 2).

Bezeichnenderweise setzten jedoch die für die politische Inklusion der FARC unverzichtbaren Verhandlungspunkte ein hohes Maß an Vertrauen voraus:

**Justizielle Garantien:** Wie Kurtenbach (vgl. 2017: 7) konstatiert, ist es unwahrscheinlich, dass Anführer bewaffneter Gruppen einer Beendigung der Gewalt zustimmen, wenn sie lange Haftstrafen befürchten müssen. So war es eine komplizierte Aufgabe, im Friedensprozess ein Justizwesen auszuhandeln, das einerseits für die FARC akzeptabel und andererseits in der Lage sein sollte, Standards der internationalen Rechtsprechung einzuhalten. Unter Punkt fünf des Friedensvertrags ist die Schaffung eines Integralen Systems der Wahrheit, Gerechtigkeit, Wiedergutmachung und Nichtwiederholung (*Sistema Integral de Verdad, Justicia, Reparación y No Repetición*) zur Aufarbeitung von Verbrechen aus der langjährigen Konfliktgeschichte vorgesehen (vgl. Acuerdo Final 2016: 124). Dazu gehört u. a. eine umfangreiche Sonderjustiz für den Frieden (Jurisdicción para la Paz, JEP), die am 15. März 2018 mit den Gerichtsverhandlungen begonnen hat und sich um die schwersten und repräsentativsten Fälle kümmert. Hier sind sowohl Verbrechen der FARC als auch anderer

Verantwortlichen, inklusive Staatsvertreter, miteingeschlossen (vgl. Semana 11.03.2018: 36–37).<sup>8</sup> Der JEP obliegt dabei auch die Ermittlungskompetenz. Delikte, die nach Inkrafttreten des Friedensvertrags begangen worden sind, können nicht vor der JEP verhandelt werden, sondern sind dem „normalen“ Rechtswesen (*justicia ordinaria*) unterworfen (vgl. OACP n. d.).

Zudem sieht der Friedensvertrag umfangreiche Amnestieerlasse vor. Da diese im Einklang mit dem Römischen Statut des Internationalen Strafgerichtshof von 2002 stehen müssen, sind keine sogenannten *gentleman's agreements* (Demobilisierung gegen Amnestie) mehr möglich, wie sie noch im Fall der in den 90er Jahren demobilisierten und politisch transformierten M-19 angewandt worden waren (vgl. Kurtenbach 2012: 1). So können Verbrechen gegen die Menschlichkeit, schwere Kriegsverbrechen, Genozid, Geiselnahme (oder sonstige schwere Freiheitsberaubung), die Exekution ohne Gerichtsbeschluss, Rekrutierung von Minderjährigen oder sexuelle Gewalt nicht amnestiert werden (vgl. Acuerdo Final 2016: 148).

---

<sup>8</sup> Ausgenommen von der JEP sind jedoch demobilisierte paramilitärische Gruppen.

Allerdings sind die Möglichkeiten zum Amnestieerlass immer noch weitreichend. So sind u. a. die Tatbestände der Rebellion, des Aufstands und der Usurpierung für diejenigen FARC-Kämpfer generalamnestiert worden, die sich in den Übergangszonen eingefunden hatten. Das Gesetz 1820 enthält zudem eine Liste von „verknüpften“ amnestierbaren Delikten: Dazu zählen der illegale Waffenbesitz und -transport, Spionage, das illegale Abhören von Kommunikationsmitteln, die Finanzierung und Vertuschung der Rebellion sowie die Tötung in einer Kampfsituation im Rahmen des humanitären Völkerrechts (vgl. Ley 1820: 5–9).

**Politische Garantien:** Außerdem finden sich im Friedensvertrag politische Zugeständnisse, die den Übergang zur politischen Partei erleichtern sollen. Zu den wichtigsten zählen hier die Anerkennung der FARC als Rechtspersönlichkeit,<sup>9</sup> eine staatliche finanzielle Unterstützung bis 2026,<sup>10</sup> sowie die Garan-

---

<sup>9</sup> Bis zum 19. Juli 2026 gelten für die FARC hierbei besondere Bedingungen. So muss sie nicht wie andere Parteien die Akkreditierung einer bestimmten Anzahl von Mitgliedern oder die Teilnahme am politischen Wettbewerb vorweisen (vgl. Acuerdo Final 2016: 70).

<sup>10</sup> Die finanzielle Unterstützung richtet sich nach den Durchschnittszahlungen, welche die Parteien und politischen Bewegungen mit Rechtspersönlichkeit für ihren Wahlkampf bei den letzten Wahlen vor Unterzeichnung des finalen Friedensabkommens erhalten haben. Sie soll ebenfalls bis zum 19. Juli 2026 gewährt und jährlich ausbezahlt werden (vgl. Acuerdo Final 2016: 70).

tie von jeweils fünf Sitzen im Senat und im Repräsentantenhaus für die nächsten zwei Legislaturperioden, ohne dass die Ex-Guerilla die Dreiprozenthürde zu bestehen hat (vgl. Acuerdo Final 2016: 68–72).

### *3.1.2 Dilemma zwischen konflikt- und demokratietheoretischen Erwägungen*

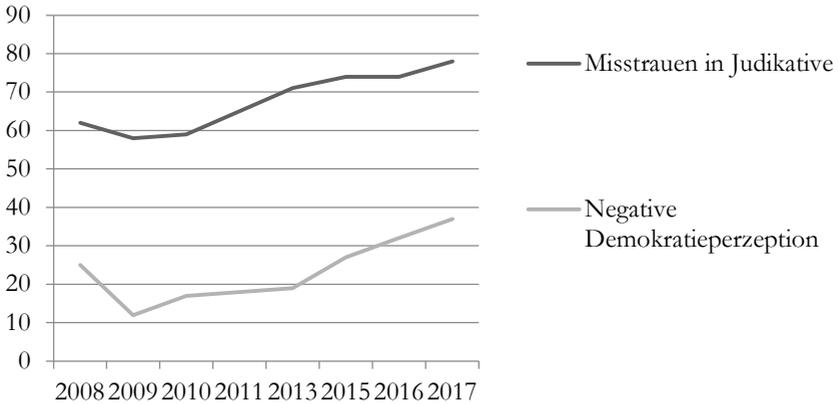
Bei der Beurteilung dieser Inklusionsmaßnahmen ist zu beachten, dass diese unterschiedlich bewertet werden, je nachdem ob konflikt- oder demokratietheoretische Erwägungen zum Referenzmaßstab erhoben werden. Während die justiziellen und politischen Garantien für die FARC im Hinblick auf das Ziel der Konfliktbewältigung eher als notwendige Bedingungen akzeptiert werden, stellen sie aus einer Demokratie- und Rechtsstaatsperspektive ein Problem dar. Dieses Dilemma zeigt sich u. a. in einer Feldstudie des PRIO und der *Universidad de los Andes*, die in den ehemaligen Konfliktregionen Tumaco und Mesetas durchgeführt worden ist. Besonders interessante Ergebnisse lieferte die Frage, ob der Friedensvertrag aus Sicht der Befragten notwendig war, um den bewaffneten Konflikt zu beenden.

Personen, die eher der pragmatischen Logik der Konfliktbewältigung folgten, tendierten mehrheitlich dazu,

dieser Aussage zuzustimmen. Im Gegensatz dazu lehnten Personen, die der Meinung waren, dass der Friedensvertrag kolumbianisches Recht verletzte, dieses Statement vorwiegend ab. Auf einer Sechs-Punkte-Skala, auf der der Wert sechs die höchste Zustimmung bedeutet, tendierte die letztgenannte Personengruppe zum Wert zwei (vgl. Binningsbø/ Dahl/ Nygård/ Weintraub 2018: 26–27).

In der Umfrage haben also unterschiedliche Wahrnehmungen von „Frieden“ und „Demokratie/ Rechtsstaat“ zu jeweils eigenen, subjektiven Situationsdefinitionen geführt, die auf der Handlungsebene (Operationswirklichkeit) eine unterschiedliche Bewertung des Friedensvertrags hervorgerufen haben. Dieses auch als Thomas-Theorem bekannte Phänomen impliziert, dass Menschen die Welt subjektiv interpretieren und auf Grundlage ihrer Perzeptionswirklichkeit handeln (vgl. Schreyer/ Schwarzmaier 2000: 18).

**Graphik 1: Entwicklung des Misstrauens in die Judikative und der negativen Demokratieperzeption in Kolumbien<sup>11</sup>**



Um die Bedeutung des Thomas-Theorems für den Friedensprozess besser zu verstehen, soll an dieser Stelle dargelegt werden, dass die Demokratiebedenken ihrerseits subjektsspezifischen Wahrnehmungen unterworfen sind. Wie *Graphik 1* zeigt, hat sich das Bild, welches die Kolumbianer\*innen vom Zustand

<sup>11</sup> Anmerkung: Der **Misstrauensindex** basiert auf der Variable „confianza“ (Vertrauen) des Latinobarómetro; abgebildet sind in Prozent diejenigen Befragten, die bei der Umfrage angaben, wenig oder kein Vertrauen in die Judikative zu haben; der Index der **negativen Demokratieperzeption** basiert auf der Variable, für wie demokratisch das Land gehalten wird; die Variable hat insgesamt zehn Ausprägungen; in den Index wurden die vier Ausprägungen mit Tendenz zu einer kritischen Einstellung aufgenommen; aus den Jahren 2012 und 2014 liegen keine Ergebnisse vor; Repräsentation von 100 % bei einer Irrtumswahrscheinlichkeit von  $\pm 3,5$  (95 %-Signifikanzniveau); N=1200; Daten der Coporación Latinobarómetro; eigene Berechnungen.

der Demokratie ihres Landes haben, laut den Daten des *Latino-barómetros* seit Beginn der Friedensverhandlungen deutlich verschlechtert. Seit 2013 hat sich der Anteil derjenigen, die Kolumbien für gar nicht bis eher nicht demokratisch halten um 18 Prozentpunkte erhöht. Außerdem ist das Misstrauen in die Judikative seitdem um sieben Prozentpunkte gestiegen. Die Tatsache, dass 73,3 Prozent der Befragten der Aussage zustimmen, dass die Demokratie die beste Regierungsform darstellt, zeigt den Wert, den die Mehrheit der Kolumbianer\*innen ihrem System zumessen (vgl. *Coporaación Latinobarómetro* n. d.). Aufgrund der überwiegenden Identifizierung mit der Demokratie muss davon ausgegangen werden, dass Maßnahmen, die im Verdacht stehen, die Demokratiequalität zu vermindern, in Kolumbien auf Widerstand stoßen.

Vergleicht man jedoch die Werte der Einschätzung der Bevölkerung mit Indizes, die auf internationalen Expertenmeinungen beruhen, ergibt sich eine erstaunliche Abweichung. Tatsächlich lassen sich seit Beginn der Friedensverhandlungen sowohl beim *Democracy Index* des Economist sowie beim *Democracy Status* der Bertelsmann-Stiftung minimale Verbesserungen der Demokratiequalität feststellen. So stieg der *Democracy Index* von 2012 bis 2016 um 0,04 auf 6,67 Punkte sowie der *Democracy Status* im gleichen

Zeitraum um 0,8 auf 6,65 Punkte (beide Indizes bewerten die Demokratiequalität auf einer Skala von 0 bis 10). Damit gilt Kolumbien als Demokratie, wenn auch mit dem Zusatz, dass diese mit den Attributen „defekt“ oder „fehlerhaft“ etikettiert werden muss (vgl. Bertelsmann-Stiftung 2018a; vgl. The Economist n. d.).

Die politische Partizipation der FARC wird von den Expert\*innen interessanterweise eher als ein Gewinn für die Demokratiequalität gesehen, da sich die Ex-Guerilla öffentlich zur Einhaltung der Regeln und zu den Institutionen bekannt hat. Dies machte sie z. B. deutlich, als sie einwilligte, den Friedensvertrag in einem Plebiszit zur Abstimmung zu stellen und, nach dessen Scheitern, im Kongress ratifizieren zu lassen. Auch in Bezug auf die Rechtsstaatlichkeit gibt es Verbesserungen zu verzeichnen. Laut Bertelsmann-Stiftung liegt dies daran, dass die Regierung Santos administrative Reformen durchgeführt hat, welche die Unabhängigkeit der Justiz vergrößert haben (vgl. Bertelsmann Stiftung 2018b: 11-12; 14).

Doch wie kommt der Trend der negativen Demokratieperzeption bei der Bevölkerung zustande? Die Beantwortung dieser Frage kommt nicht ohne die gesellschaftlichen Bedenken zu den zuvor genannten

politischen und justiziellen Garantien für die FARC aus, da diese in weiten Teilen der Gesellschaft als „ungerecht“ und nicht hinnehmbar wahrgenommen wurden. Dies wurde beim nicht bindenden Referendum am 2. Oktober 2016 deutlich, bei dem überraschenderweise eine knappe Mehrheit von 50,2 Prozent (allerdings bei einer geringen Wahlbeteiligung von 37,43 Prozent) gegen die erste Version des Friedensvertrags gestimmt hatte.

In diesem Kontext hatten soziale, religiöse und politische Gruppen sowie Opferverbände Kritik an der Übergangsjustiz geäußert. Hier wurde besonders das zu erwartende Strafmaß für Kombattanten, die sich schweren Verbrechen gegen die Menschlichkeit schuldig gemacht hatten, zu denen Massaker gegen die Zivilbevölkerung, sexuelle Missbräuche, die Rekrutierung von Kindersoldaten sowie Antipersonenminen zählen, als zu mild eingestuft. Bei einem unverzüglichen Geständnis waren selbst bei schweren Verbrechen keine Gefängnisstrafen, sondern fünf bis acht Jahre „Freiheitsentzug“ festgesetzt worden (vgl. *El Tiempo* 13.09.2015).

Ebenso hatten die weitreichenden Amnestieregelungen für Empörung gesorgt. Human Rights Watch hatte beispiels-

weise kritisiert, dass diese eine Kultur der „Straflosigkeit“ einrichten würden, welche nicht mit dem demokratischen Prinzip der Rechtsstaatlichkeit vereinbar sei (vgl. Vivanco 2016).

Zudem hatten Versuche der FARC, das Amnestierecht auszunutzen, das Vertrauen in der Gesellschaft beschädigt. Bei der Überprüfung der Liste mit Personen, für die die FARC eine Amnestie beantragen wollte, war aufgedeckt worden, dass sich darauf unerlaubterweise Weise Drogenhändler und Mitglieder der kriminellen Banden (BACRIM) befunden hatten (vgl. Gehring/ Gehrman 2017: 3). Amnestien für Dritte, die nicht mit der Rebellion zusammenhängen und die sich an dem Konflikt bereichern wollten, sind ausgeschlossen (vgl. Ley 1820: 13).

Die Tatsache, dass die FARC politische Garantien bekommen und damit über die Politik im Land mitbestimmen sollten, wirkte aus dieser Perspektive wie eine zusätzliche „Belohnung“. In Anbetracht der Tatsache, dass die FARC bei den Kongresswahlen noch schlechter abgeschnitten hat als von den meisten Analysten vorhergesagt und keinen einzigen Sitz ohne diese Garantien gewonnen hätte, zeigt die geringe demokratische Legitimität der politischen Partizipation (vgl.

Semana 18.2018: 49).<sup>12</sup> Das Wahlergebnis von 0,34 Prozent der gültigen Stimmen für den Senat und 0,22 Prozent für die Repräsentantenkammer war so schwach, dass die FARC die Kandidatur ihres Präsidentschaftskandidaten Rodrigo Londoño (alias Timochenko) zurückzog, der außerdem unter Herzproblemen litt. Nur 52.539 Personen wählten die Senatsliste der FARC, was bei einer Zahl von 36 Millionen Wahlberechtigten einen gesellschaftlichen Rückhalt von nur 0,15 Prozent bedeutet (vgl. Cuéllar 2018: 52).

### *3.1.3 Die politische Instrumentalisierung des Dilemmas*

Dass die FARC bei ihrem ersten Wahlkampf nicht überall mit offenen Armen empfangen werden würde, war abzusehen. Jedoch sah sie sich auf Wahlkampfveranstaltungen mit schweren Anfeindungen konfrontiert, die – auch im Vergleich zum Transformationsprozess von M-19, Quintín Lame und EPL in den 90er Jahren – auf ein hohes Protestpotenzial hindeuten. Laut einer Umfrage von *Invamer* stieg die gesellschaftliche Ablehnung der FARC auf 85 Prozent (vgl. Semana 11.03.2018: 27). So wurde Londoño in Armenia, Cali und Yumbo als „Mörder“ beschimpft und mit Gegenständen

---

<sup>12</sup> Die Sitze der FARC entsprechen einem Stimmanteil von 4,8 Prozent im Senat und 2,99 Prozent in der Repräsentantenkammer.

beworfen. Zudem schlitzen Demonstranten die Reifen seines Wahlkampffahrzeugs auf. Ähnlich erging es Luciano Marín, der unter dem Guerillanamen „Iván Márquez“ bekannt ist und der auf Seiten der FARC federführend am Verhandlungsprozess beteiligt war. Die FARC unterbrach daraufhin im Februar ihren Wahlkampf (vgl. Casey 12.02.2018).<sup>13</sup> Dazu Santos:

Ich verstehe, dass sich viele Leute etwas unwohl fühlen und es ihnen nicht behagt, der FARC, die so viele Gräueltaten begangen hat, dabei zuzusehen, wie sie, wie jede andere Partei auch, Wahlkampf macht. Trotzdem ist es besser, sie machen ihren Wahlkampf, als dass sie töten, entführen oder Bomben legen (Santos; zitiert nach Miranda/Watson 11.03.2018)\*<sup>14</sup>

Bei Aussagen wie diesen wird deutlich, dass Santos während seiner Amtszeit oftmals versuchte, nach dem „Entweder-oder“-Prinzip die eigene Vorgehensweise zu legitimieren. So bestand sein Narrativ darin, die Alternativlosigkeit der Inklusion der FARC aufzuzeigen und damit um Verständnis und Akzeptanz für seinen pragmatischen Kurs zu werben:

---

<sup>13</sup> Allerdings mussten in diesem Wahlkampf Politiker unterschiedlichster ideologischer Ausrichtung mit Drohungen und Attacken rechnen, wie besonders Gustavo Petro und Álvaro Uribe feststellen mussten (vgl. Semana 11. – 18.2018: 30).

<sup>14</sup> Der Stern (\*) markiert alle folgenden eigenen direkten Übersetzungen aus dem Spanischen.

Der Fokus, mit dem wir die Verhandlungen in Angriff genommen haben, bestand darin, ein Maximum an Gerechtigkeit zu erreichen, welches den Frieden ermöglicht. Darum haben wir gesagt, dass kein Friedensprozess perfekt ist. Eine perfekte Gerechtigkeit erlaubt keinen Frieden (Santos; zitiert nach Lafuente 04.09.2016)\*

Da Politiker als „Definierer von Situationen“ eine Kompetenz zur Konstruktion von Wirklichkeit haben, können sie einen Einfluss auf die Perzeptionswahrnehmung der Bevölkerung nehmen (vgl. Hitzler 1999: 300–301). Dies wurde Santos jedoch vor allem durch das *Centro Democrático* erschwert.

Diese rechts-konservative Partei wurde bereits im Januar 2013 als Reaktion auf den Friedensprozess gegründet, den sie immer wieder aufs Schärfste kritisiert und an den Rand des Scheiterns gebracht hat. Ihr Gründer, Expräsident Álvaro Uribe, stellte sich von Anfang an gegen die Inklusion der FARC, die er als „Terroristen“ bezeichnete (vgl. Kurtenbach 2012: 3). Auch hatte er sich geweigert, trotz vieler Einladungen, persönlich an den Friedensgesprächen teilzunehmen (vgl. Silva 2017: 3). Beim Referendum 2016 hatte er eine Mehrheit der Kolumbianer\*innen mit einer plakativen Werbung davon überzeugen können, mit „Nein“ zu stimmen und damit einen Überraschungserfolg erzielt (vgl. Semana 18. – 25.03.2018: 36).

Durch Gerüchte und Fehlinformationen wurden Unrechtsempfinden und Angst in der Bevölkerung gezielt gefördert. So hatte Uribe populistische Behauptungen aufgestellt, dass Pensionäre einen Teil ihrer Rentenbezüge für die Demobilisierung bezahlen müssten, dass alle Taten der FARC amnestiert werden würden oder dass sich Kolumbien wie Venezuela in eine linke Diktatur verwandeln würde. Dieses Narrativ eines ungerechten und gefährlichen Friedens hatte immer wieder die Polarisierung verschärft (vgl. Silva 2017: 3; vgl. Cifuentes 2015). Dabei muss erwähnt werden, dass Uribe ohnehin schon zu den umstrittensten Politikern des Landes zählt. Während er für die eine Hälfte der Bevölkerung eine Art Nationalheld darstellt, da er als Präsident die FARC aus vielen Gemeinden hatte vertreiben können und somit für Stabilität sorgte, überwiegen für die andere Hälfte die Defizite, zu denen geheimdienstliche Überwachung der Opposition, Korruption und schwere Menschenrechtsverletzungen gehören. Hier werden ihm nicht nur Exekutionen ohne juristischen Prozess gegen FARC-Kombattanten, sondern auch der „falsos positivos“-Skandal zur Last gelegt. Bei diesem waren ca. 5.000 Zivilpersonen durch das kolumbianische Militär als Guerilleros ausgegeben und schließlich ermordet worden, um Kopfgelder zu verdienen. Im Kampf gegen die

Guerilla nahm Uribe, dessen Vater von der FARC getötet worden war, diese Mittel in Kauf (vgl. Silva 2017: 1–2). Außerdem unterhielt er enge Verbindungen zu rechten paramilitärischen Gruppen, die nach ihrer Demobilisierung aufgrund eines von Uribe erlassenen Gesetzes de facto Amnestien erhielten. Die Nachfolgeorganisationen der *Autodefensas Unidas de Colombia* (AUC), die sogenannten *bandas criminales* (BACRIM) stellen heute eines der größten Sicherheitsprobleme in Kolumbien dar (vgl. McDermott 2014).<sup>15</sup> Nichtsdestotrotz schied er 2010 mit einer Zustimmungsrate von 75 Prozent aus dem Präsidentenamt aus und ist, wie die jüngsten Kongresswahlen zeigen, immer noch in der Lage, einen großen Teil der Wähler zu mobilisieren. Mit 875.554 Stimmen erzielte er bei den Senatswahlen das historisch beste Einzelergebnis unter den Senatoren (vgl. Semana 18.03.2018: 20; vgl. Silva 2017: 1).

Von der Popularität Uribes profitierte auch dessen Zögling Iván Duque, der im Vergleich zu seinen Konkurrenten bis zu den Wahlen eher unbekannt gewesen war. Nun wird der 41-jährige Rechtsanwalt der jüngste Präsident in der kolumbianischen Geschichte werden. Beim ersten Wahlgang

---

<sup>15</sup> Aus diesen Gründen zögert die FARC nicht, ihren Erzfeind Uribe in eine Reihe mit Hitler und Mussolini zu stellen (vgl. Semana 28.01.2018).

am 27. Mai lag er weit vor Humberto de la Calle der liberalen Partei, der für die kolumbianische Regierung als Chefunterhändler des Friedensvertrags tätig gewesen war. Schließlich besiegte er in der Stichwahl am 17. Juni 2018 mit 54,76 Prozent der Stimmen seinen schärfsten Konkurrenten Gustavo Petro von der linken Bewegung „Menschliches Kolumbien“, der ehemals in der M-19 aktiv war und es später in der Politik zum Bürgermeister von Bogotá gebracht hatte. Die Kolumbianer\*innen hatten daher beim zweiten Wahlgang nur die Möglichkeit, zwischen einem extrem rechten und einem extrem linken Kandidaten zu entscheiden. Duque war jedoch der einzige, der im Wahlkampf wörtlich angekündigt hatte, den Friedensvertrag in Stücke reißen zu wollen. Zwar ist er schnell wieder von dieser radikalen Position abgerückt, doch bezeichnete er die politische Transformation der FARC bis zuletzt als Hohn für die Opfer und als Affront gegen die Rechtsstaatlichkeit (vgl. Manetto 13.01.2018).

Seiner *Law-and-Order*-Politik folgend forderte er mehrfach Modifikationen des Friedensvertrags, welche eine deutlich härtere Linie in der Übergangsjustiz nach sich ziehen könnten. So soll der Drogenhandel kein amnestierbares Delikt mehr sein (bisher ist er dies nur, wenn der Gewinn zur

Finanzierung der Rebellion eingesetzt wurde und nicht zum persönlichen Gewinn). Um dies durchzusetzen sieht Duque sogar eine Verfassungsänderung vor. Außerdem strebt er eine Reform der JEP an, die drei konkrete Punkte vorsieht: Guerilleros, die schwere Verbrechen begangen haben, sollen nicht nur eine alternative Strafe, sondern tatsächliche Haftstrafen an einem isolierten Ort bekommen und alle Vorteile der Sonderjustiz verlieren, wenn sie Waffen oder Vermögen versteckt haben (vgl. Rodríguez 19.03.2018). Außerdem sollen die FARC-Mitglieder keine Politik machen dürfen, wenn sie nicht ein Mindestmaß an Gefängnisstrafe abgesessen haben. Zudem ist Duque dagegen, die JEP mit der Verurteilung von im Konflikt straffällig gewordenen Staatsvertretern zu betrauen, um diese nicht mit den „Verbrechern gegen die Menschlichkeit“ auf eine Stufe zu stellen (vgl. León 25.05.2018; vgl. Rodríguez 19.03.2018).

#### *3.1.4 Auswirkungen auf den Friedensprozess*

Noch ist unklar, ob Duque diese Politik der Modifikationen, die auch als *Uribismo 2.0* bezeichnet wird, als Präsident tatsächlich durchsetzen kann. Zwar ist der Friedensvertrag nicht, wie von der FARC zuerst gewünscht, verfassungsrechtlich abgesichert worden (in Kolumbien wäre dies theoretisch durch einen „Blo-

que de Constitucionalidad” genannten Verfassungsanhang möglich gewesen), sodass er sich rechtlich nicht gebunden sehen und den Vertrag lediglich als Quelle der Interpretation respektieren muss. Damit ist das Abkommen theoretisch modifizierbar (vgl. León 2018). Doch um den Friedensvertrag zu verändern, braucht er eine Mehrheit im Kongress. Mit seinen 19 Sitzen im Senat ist das *Centro Democrático* jedoch auf Allianzen mit anderen Parteien angewiesen. In beiden Kammern stellen die Befürworter des Friedensvertrags ein nicht unbedeutendes Gegengewicht dar. Der neue Oppositionsführer Gustavo Petro hat angekündigt, den Friedensvertrag schützen zu wollen: „Wir sind acht Millionen Kolumbianer, die nicht erlauben werden, dass der Krieg zurückkommt“ (Petro; zitiert nach Ehringfeld 2018).

Doch was könnte der Kurs des *Centro Democrático* für den fragilen Frieden bedeuten? Drastische Modifikationen könnten für die FARC nicht hinnehmbar sein. Das Problem ist dabei nicht die Äußerung von Kritik an den Defiziten des Friedensvertrags, sondern die zu einseitige Fixierung auf die Demokratiequalität und das Ausblenden der hohen Bedeutung für die Konfliktbewältigung. Das Risiko, dass überzogene Forderungen zu einem Scheitern des Friedensprozesses führen

können, ist im kolumbianischen Konflikt schon aus den Verhandlungen Anfang der 90er Jahre mit der Regierung Gaviria bekannt (Naucke/ Maihold 2015: 1).

Durch die Rhetorik des „ungerechten“ bzw. „gefährlichen“ Friedens sind die Beziehungen mit der FARC von Anfang an belastet. So wird sich erst noch zeigen, ob eine friedliche Koexistenz auf Dauer möglich sein wird. Außerdem wird durch die negative und verkürzte Darstellung die Übergangsjustiz delegitimiert, die jedoch zur Aufarbeitung des Konflikts unverzichtbar ist. Das Centro Democrático ist zur Verbreitung dieses Narratives in der Lage, da das Wissen in der Bevölkerung über die Übergangsjustiz gering ist. So zeigen Survey-Daten, dass nur die wenigsten mit dem vollen Umfang und den komplexen Antwortmechanismen des integralen Systems der Wahrheit, Gerechtigkeit, Wiedergutmachung und Nichtwiederholung vertraut sind: die Wahrheitskommission, die Sondersuchereinheit nach Verschwundenen sowie die JEP sind weitgehend unbekannt. Viele Kolumbianer\*innen kennen nur die staatliche Registrierungsstelle für Opfer (RUV), die sich um die Reparationszahlungen kümmert (vgl. Binningsbø/ Dahl/ Nygård/ Weintraub 2018: 53–54). Dabei basiert die Übergangsjustiz auf einem komplexen, innovativen System,

welches sich in der Konzeption auf die Erfahrungen vergleichbarer nationaler und internationaler Fälle stützt.

Genauso ist nicht auszuschließen, dass sich die Proteste der Bevölkerung gegen die Inklusion der FARC verstärken, wenn sich die Polarisierung weiter zuspitzt. Schließlich haben sich mit der Wahl Duques auch die Chancen verschlechtert, Frieden mit der ELN zu schließen. Harte Konditionen sind bereits angedroht: So soll die ELN weiter militärisch verfolgt werden, wenn sich diese nicht damit einverstanden erklärt, sich an einen von internationalen Akteuren kontrollierten Ort zu begeben, alle kriminellen Aktivitäten einzustellen und einen endgültigen Zeitplan für die Gespräche festzusetzen (vgl. El Espectador 30.05.2018).

### *3.1.5 Hypothesenableitung*

Wie die Untersuchung des horizontalen Dilemmas gezeigt hat, ist die politische Inklusion eine wichtige Grundbedingung für die Demobilisierung der FARC gewesen. Doch gerade die dafür so wichtigen justiziellen und politischen Garantien (Amnestien und Sitze im Parlament) haben in der Bevölkerung den Trend einer negativen Demokratieperzeption in Gang gesetzt. Friedensgefährdend zeigte sich hier vor allem die politische Instrumentalisierung durch die rechte Partei *Centro Democrático*, die mit

ihrer Protestrhetorik eine Ablehnungshaltung gegenüber der Inklusion propagiert hat. In den „War-to-Democracy“-Beispielen von Söderberg-Kovacs ist die friedensgefährdende Wirkung von Oppositionsparteien nicht thematisiert worden, doch hat sich genau diese im Fall Kolumbien als besonderer Verstärker des horizontalen Dilemmas gezeigt. Insofern drängt sich hier die **Hypothese (H1)** auf, dass die Gefahr einer Polarisierung des Dilemmas umso größer ist, je weniger die Rechte der Opposition und deren Möglichkeiten im bestehenden System eingeschränkt sind. Hier muss vor allem die freiheitliche Demokratie Antworten finden, wie sie legitime Kritik der Bevölkerung in den Friedensprozess aufnehmen kann, ohne dass Populisten negative Stimmungen für den eigenen Machterwerb ausnutzen können.

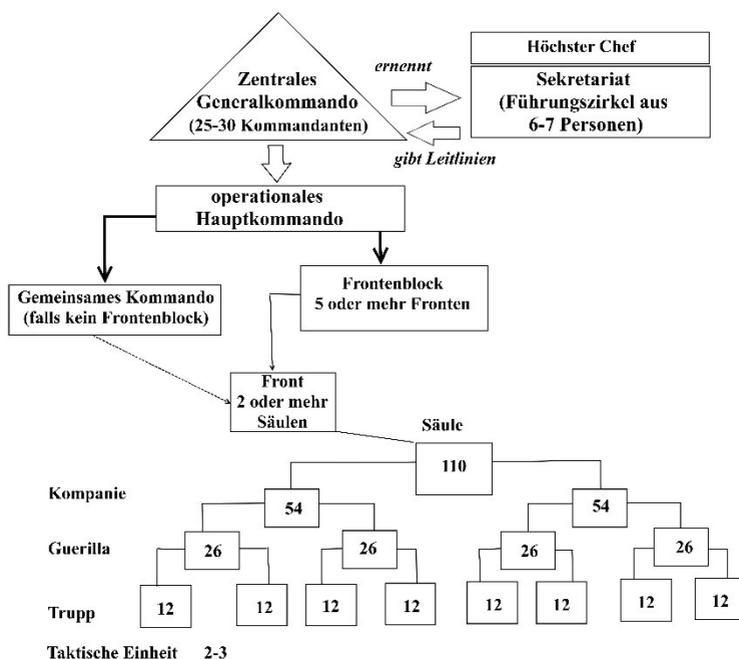
### *3.2 Das vertikale Dilemma: Legitimität vs. Effizienz*

#### *3.2.1 Die strukturelle Neujustierung*

Eine Transformation von einem bewaffneten zu einem politischen Akteur erfordert eine Reihe von Maßnahmen, die das Innere der Organisation betreffen. Auf der Gründungskonferenz, die vom 27. –30. August 2017 im *Centro de Convenciones Gonzalo Jiménez de Quesada* in Bogotá stattgefunden hat, wurden richtungsweisende Entscheidungen getroffen, die das Gesicht der

neuen Partei prägen sollen. Die wichtigsten wurden in einem Statut festgehalten und sollen an dieser Stelle im Hinblick auf das vertikale Dilemma analysiert werden. Dazu soll der Fokus zunächst auf strukturellen Veränderungen liegen.

**Graphik 2: Guerillastruktur der FARC-EP<sup>16</sup>**



<sup>16</sup> Anmerkung: eigene Darstellung auf Grundlage des Statuts der FARC-EP.

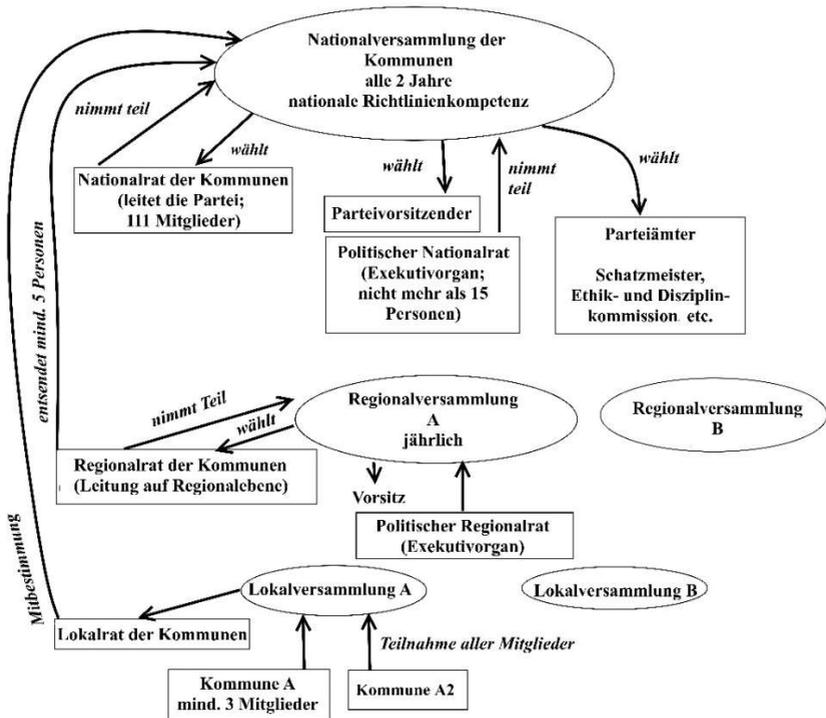
Wie *Graphik 2* zeigt, verfügte die FARC-Guerilla über einen strikten hierarchisch-militärischen Aufbau. Die oberste Entscheidungsinstanz war das zentrale Generalkommando (Estado Mayor Central, EMC), welches aus ca. 25–30 *comandantes* bestand und dessen Entscheidungen und Befehle für alle Mitglieder der Organisation obligatorisch waren. Eine Sonderrolle spielte hierbei das Sekretariat, welches den inneren Führungszirkel darstellte und die groben Leitlinien für die Guerillaaktivitäten vorgab, angeführt vom sogenannten Höchsten Chef (Máximo Jefe; zuletzt Rodrigo Londoño). Ansonsten zeigte sich eine klassische vertikale Kommando- und Befehlskette über das operationale Hauptkommando, welches maßgeblich an der Planung militärischer Aktivitäten beteiligt war, bis runter in die als *Escuadras* (Trupps) bezeichneten Einheiten bestehend aus zwölf Guerilleros (vgl. FARC n. d.: 8–11).

Dennoch gab es vereinzelt demokratische Elemente. So hatte jedes Mitglied nach Art. 8 des FARC-Statuts das aktive und passive Wahlrecht bei Entscheidungen über Repräsentationsämter. Außerdem war es für jedes Mitglied möglich, Initiativen, Kritik und Verbesserungsvorschläge bis hin zum EMC vorzubringen. Abgesehen davon war die Organisationsstruktur auf Disziplin und Gehorsam ausgelegt

(vgl. FARC n. d.: 14–15). Für die Einhaltung sollte ein striktes Sanktionsregime im Rahmen der selbstgegebenen Rechtsnormen dienen. In schweren Fällen von Desertion, Verrat oder Kollaboration mit dem Feind konnte sogar mit Zustimmung des Sekretariats die Todesstrafe durch Erschießen beschlossen werden (vgl. FARC n. d.: 31). Das Prinzip der Gewaltenteilung war bei diesem Modell nicht vorgesehen. Diese autoritäre Organisationsstruktur war in der Lage, die Einheit der Gruppe während des langen Kriegszeitraums zu garantieren.

Als Struktur für die neue Partei eignete sie sich nicht. Wie sich am Beispiel des ANC in Südafrika zeigt, der nach seiner politischen Transformation viele Abspaltungen und Lagerbildungen erlebt hat, kann ein autoritäres Parteimodell für den eigenen Erfolg hinderlich sein. Kritiker bemängeln ebenfalls eine negative Auswirkung auf die Demokratie, da der ANC, der seit 1994 an der Macht ist und es nicht geschafft hat, sich von personalistischen Mechanismen und Klientelismus zu lösen, zunehmend autokratisch regiert (vgl. Söderberg Kovacs 2008: 146). Doch hat sich die FARC den demokratischen Forderungen bei ihrer Umstrukturierung angepasst?

Graphik 3: Parteistruktur der FARC<sup>17</sup>



Wie aus Graphik 3 hervorgeht, hat sich das Organigramm der FARC deutlich geändert. Die oberste Instanz ist nicht mehr der EMC mit seiner militärischen Ausrichtung, sondern die alle zwei Jahre (oder als Sondersitzung) stattfindende Nationalversammlung der Kommunen (*Asamblea Nacional de Comunes*), die

<sup>17</sup> Anmerkung: eigene Darstellung; basiert auf dem Gründungsdokument der FARC-Partei (vgl. FARC 2017: 8-12).

sich unter Berücksichtigung von Quoten zu Geschlechtern, sexueller Orientierung, ethnischer Herkunft und Alter aus Personen zusammensetzt, die auf verschiedenen Ebenen entsandt und gewählt werden. Die Nationalversammlung wählt den Nationalrat der Kommunen, der aus 111 Mitgliedern besteht und der die Geschäfte der Partei nach den Weisungen der Nationalversammlung leitet und deswegen auch Direktion genannt wird. Außerdem wählt die Versammlung den Parteichef, derzeit Rodrigo Londoño, der dem Politischen Nationalrat vorsitzt. Dieser aus maximal 15 Personen bestehende Rat kann als Exekutivorgan der Partei betrachtet werden und wird von der Direktion ernannt. Sowohl die Direktion als auch der Politische Nationalrat kristallisieren sich bei näherer Betrachtung als eigentliche Machtzentrale heraus. Da der EMC eine Liste von 111 Personen bei der Gründungskonferenz für die Wahl der Direktion vorgelegt hat (56 Kandidaten wurden zusätzlich vorgeschlagen), ist der Anteil an alten Eliten in der neuen Parteiführung hoch (vgl. Castrillón 2017).

Zu den Aufgaben des Politischen Nationalrats gehören die Organisation von Kommissionen und Arbeitsgruppen, die zur Durchführung des von der Nationalversammlung der Kommunen beschlossenen Nationalen Politischen Aktionsplans (*Plan Nacional de Acción Política*) notwendig sind. Außerdem

bestimmt er, welche Informationen an die Medien weitergegeben werden sowie die Modalitäten, wie Kandidaten für politische Ämter gewählt werden sollen. Zwar kann der Politische Nationalrat hier Einfluss ausüben, doch muss er dabei demokratische Prinzipien sowie die Geschlechterverteilung berücksichtigen (vgl. FARC 2017: 5). Nach Art. 14 sind die Mitglieder dazu verpflichtet, diejenigen Kandidaten zu unterstützen, die ihnen von der Partei vorgegeben werden (vgl. FARC 2017: 8). In diesem Punkt ist eine strikte Parteidisziplin gefordert. Dass dies ein hoher Wert ist, zeigt auch die Einrichtung der Disziplin-Kommission, die ebenfalls von der Nationalversammlung gewählt wird, über deren Tätigkeit im Statut jedoch nur wenig ausgesagt wird.

Eine weitere Veränderung in der Organisationsstruktur ist die verstärkte Föderalisierung. So gibt es auch auf regionaler Ebene pro Einheit eine Versammlung, einen Rat der Kommunen sowie einen Politischen Rat. Die Regionalräte der Kommunen haben jeweils die Leitung der politischen Aktivitäten ihrer Region inne und sind außerdem bei jeder Nationalversammlung der Kommunen mit mindestens fünf aus ihrem Kreis gewählten Personen anwesend. Die kleinste politische Einheit ist die Kommune. Diese besteht aus mindestens drei Parteimitgliedern, die zusammen mit anderen

Kommunen aus der Nachbarschaft eine Lokalversammlung bilden können. Die Lokalversammlungen können je nach Regelung ebenfalls Personen zur Nationalversammlung entsenden. Damit besteht für jedes Mitglied die Chance, am höchsten Entscheidungsgremium teilzunehmen. Auch ist die Partei prinzipiell für alle offen. Ehemalige Guerilleros können auf Wunsch Mitglied werden. Alle anderen müssen ein schriftliches Motivationsschreiben einreichen, welches dann entsprechend geprüft wird. Ein Austritt ist jederzeit möglich (vgl. FARC 2018: 6).

Auch in Bezug auf die demokratischen Anforderungen der Transparenz und Verantwortung sind deutliche Verbesserungen zu verzeichnen. So hat die Partei die Transparenz unter Art. 4 des FARC-Statuts als einer ihrer Kernprinzipien aufgeführt und sich verpflichtet, ihre Mitglieder permanent über die politischen, administrativen und finanziellen Aktivitäten der Partei zu informieren. Außerdem wurden Kontrollinstanzen geschaffen, welche über der Einhaltung der Prinzipien der Transparenz und der Finanzgeschäfte wachen sollen. Personen mit Kontrollämtern dürfen kein politisches Repräsentationsamt innehaben (vgl. FARC 2017: 14–15). Mit der Transparenz nach außen sieht es

etwas schwieriger aus. So sind Kontaktanfragen des Autors bisher unbeantwortet geblieben.

In Bezug auf das vertikale Dilemma lässt sich jedoch insgesamt festhalten, dass sich die *Polity*- und *Politics*-Neukonstituierung der Organisation seit der Neugründung auf den ersten Blick sehr stark demokratisiert hat. Soweit bekannt haben die Veränderung des Rahmens und der Prozesse kaum nennenswerten parteiinternen Widerspruch erfahren. Dies hängt mit zwei wesentlichen Punkten zusammen: Erstens ist die politische Transformation von langer Hand geplant worden. Viele der FARC Eliten sind keine Politikanfänger. So war Marín beispielsweise schon am Aufbau der UP beteiligt gewesen. Zudem muss festgehalten werden, dass sie es im Laufe ihrer Geschichte immer wieder geschafft hat, mit vielen Themen die öffentliche Diskussion zu bestimmen. Verbündete legale Akteure wie die Kommunistische Partei Kolumbiens (PCC) oder die UP, die beide noch aktiv sind, haben zur Verbreitung des farc'schen Gedankenguts beigetragen (vgl. Gómez et al. 2003: 41). Die FARC ist also mit dem politischen *Procedere* vertraut. Zweitens haben sich die Eliten, wie bereits dargelegt, die höchsten Posten und damit ihre Macht in der Organisation gesichert und profitieren von ihrer demokratischen Legitimation.

### 3.2.2 *Hardliner oder Reformer? Die Diskussion um die Policy-Ausrichtung*

Anders sieht es mit der inhaltlichen *Policy*-Dimension der Neuausrichtung aus. Dass diese nicht im Einvernehmen vonstattengehen konnte, zeigte schon die Diskussion um die Namensgebung der Partei. Während Rodrigo Londoño dafür appellierte, die Partei *Nueva Colombia* (Neues Kolumbien) zu nennen und somit einen vollständigen Neuanfang zu signalisieren, warb Luciano Marín für eine Umbenennung, bei der jedoch die markanten Initialen behalten werden sollten. Schließlich stimmte eine knappe Mehrheit von 628 der 1200 anwesenden Ex-Guerilleros auf der Gründungskonferenz für den Vorschlag Maríns, die Partei *Fuerza Alternativa Revolucionaria del Común* (Alternative Revolutionäre Kraft des Volkes) zu taufen. Außerdem wurde das Parteilogo geändert. Statt zwei gekreuzte Gewehre zeigt es nun eine rote Rose mit fünfzackigem Stern in der Mitte und ähnelt damit stark Emblemen bekannter internationaler sozialistischer Parteien wie etwa der spanischen PSOE oder der französischen PS (vgl. *El Tiempo* 31.08.2017).

Diese Diskussionen sind keine Nebensächlichkeiten, denn sie gehen im Kern darum, wie die FARC mit den Grundfesten ihrer ideologischen Überzeugungen umgeht.

Dabei steht die Frage im Mittelpunkt, wie dogmatisch diese in den neuen Politikstil einfließen sollen. Dass es in diesem Punkt Diskrepanzen geben kann, hängt mit dem Selbstverständnis der FARC-Mitglieder als Revolutionäre zusammen und dem daraus resultierenden Widerspruch, sich in einem System zu engagieren, welches sie jahrzehntelang bekämpft haben.

Der von der FARC praktizierte Kult zur Erinnerung an die Gründer und deren Erfahrungen im Widerstandskampf gegen die Militäroperation „Souveränität“ (*Operación Soberanía*) des kolumbianischen Militärs ist ein Ausdruck dieses Selbstbildes. Wie aus den bekannten Aufzeichnungen des Soziologen und Investigativjournalisten Alfredo Molano hervorgeht, hatte diese Operation das Ziel, die sogenannten „unabhängigen Republiken“, die gegen Ende der *Violencia* (1948-1958) von kommunistischen Bauernguerillas zum Selbstschutz gegründet worden waren, gewaltsam zu besetzen (vgl. Molano 2016: 13). Im Kalten Krieg sah sich die Koalition „Frente Nacional“ aus Liberalen und Konservativen dazu veranlasst, gegen jeglichen kommunistischen Einfluss im Land vorzugehen. Schließlich führte ein am 18. Mai 1964 geführter Angriff gegen die unabhängige Republik Maquetalia dazu, dass sich die Überlebenden radikalisierten und unter der Beteiligung

der damals verbotenen Kommunistische Partei Kolumbiens (PCC) und bäuerlichen Bürgerwehren den „Bloque Sur“ gründeten, der 1966 in *Fuerzas Armadas Revolucionarias de Colombia – Ejército del Pueblo* (Revolutionäre Streitkräfte Kolumbiens – Volksarmee) – kurz FARC-EP umbenannt wurde. Wenngleich diese Widerstandsgruppe hauptsächlich in der Peripherie agierte, hatte sie den Sturz des neoliberalen Systems und die Eroberung des politischen Zentrums zum Ziel (Gómez et al. 2003: 28). Damit strebte die selbsternannte „Volksarmee“ nichts weniger als eine Revolution an (vgl. FARC-EP n. d.: 7). Handlungsleitend für den Kampf war die Ideologie, die sich anhand eines Dreiphasenschemas von Gómez et al. darstellen lässt. Jede Phase hat dabei die jeweils nächste mitgeprägt:

Bis in die 60er Jahre verfolgte die Organisation einen **radikalen Agrarismus** und forderte Entschädigungen für vertriebene Bauern, eine Agrarreform und öffentliche Investitionen auf dem Land. Darauf folgte eine Phase des **Marxismus-Leninismus**, allerdings in einer verkürzten und militarisierten Form.<sup>18</sup> Diese Etappe dauerte bis in die 90er Jahre an. Doch

---

<sup>18</sup> In diesem Ideologiestrang ähnelt die FARC anderen Guerillas, doch während der EPL die chinesische und der ELN, inspiriert durch Che

nach dem Fall der Sowjetunion wandte sich die Guerilla schließlich dem **Boliviarismus** zu, zu dessen Hauptmerkmalen ein ausgeprägter Lateinamerikanismus, Antimperialismus, Militarismus und ökonomischer Interventionismus zählen. Weitere Positionen, die die FARC vertreten hat, sind die des Antiklientelismus und der Korruptionsbekämpfung sowie des Widerstands gegen die Globalisierung und den Neoliberalismus (vgl. Gómez et al. 2003: 41).

Obwohl sich die FARC öffentlich zur demokratischen Partizipation im Rahmen des vorhandenen kolumbianischen Systems bekannt hat, hat sich der Wunsch nach einem neuen System vor allem bei Parteikadern des radikalen Randes noch nicht aufgelöst. Die Tatsache, dass die FARC – im Gegensatz zur M-19, die sich in den 90ern transformiert hat – keine neue Verfassung durchsetzen konnte, haben viele als Enttäuschung wahrgenommen.

Nichtsdestotrotz hat die politische Transformation dazu geführt, dass nun viele FARC-Anhänger sichtlich um einen deutlichen Imagewandel und weniger Dogmatismus bemüht sind. Nach Angaben der Wochenzeitschrift *Semana*

---

Guevara, die kubanische Linie bevorzugten, verfolgte die FARC in dieser Phase die Ideologie des Sowjetkommunismus (vgl. Gómez et al. 2003: 41).

wird diese Tendenz zur Offenheit, Anpassung und Reformbereitschaft vor allem von Parteichef Rodrigo Londoño vertreten, der sich bei vielen Gelegenheiten in den Medien zur Verantwortung der FARC von Kriegsverbrechen geäußert und schließlich in einem vieldiskutierten öffentlichen Brief an Papst Franziskus um Vergebung gebeten hat. Unterstützung kommt aus der Direktion, vor allem von den ehemaligen Sekretariatsmitgliedern Pastor Alape, Pablo Catatumbo und Carlos Lozada. Außerdem vertritt Rodrigo Granda, der zum erweiterten Kreis des Sekretariats gehörte und die FARC bei den Friedensverhandlungen repräsentierte, diese Position.

Die konservative Linie der Hardliner wird von Luciano Marín und dem ehemaligen Sekretariatsmitglied Joaquín Gómez angeführt. Auch Jesús Santrich, der, obwohl er nie Sekretariatsmitglied war, einer der populärsten FARC-Mitglieder ist, kann zu diesem Kreis gezählt werden (vgl. Semana 11.03.2018: 27).<sup>19</sup> Da er jedoch auch nach Inkrafttreten des Friedensvertrags (was eine Amnestie ausschließt) versucht hatte, zehn Tonnen Kokain in die USA zu schmuggeln, sitzt er

---

<sup>19</sup> Bis auf Londoño und Marín werden die hier genannten FARC-Mitglieder an dieser Stelle unter ihren Guerillero-Namen genannt. Auch wenn sie mittlerweile wieder ihren richtigen Namen bevorzugen, sind sie meistens immer noch unter ihrem Alias bekannt.

seit April 2018 in Haft. Nun wird diskutiert, ob er an die USA ausgeliefert werden soll (vgl. CNN 07.06.2018).

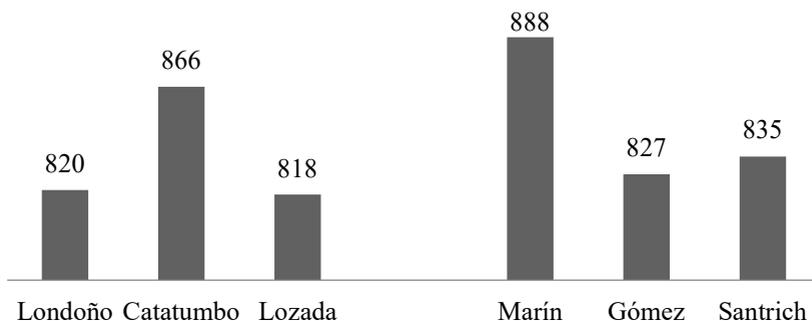
Dieser Fall führt einen wesentlichen Unterschied zwischen „Dogmatikern“ und „Angepassten“ vor Augen. Während die einen in aller Radikalität die Freilassung ihres Kameraden fordern, betonen die anderen die Verpflichtungen zur Verfassung und zum Friedensvertrag. So reagierte Londoño mit einem Brief an seine Partei, mit dem er zur Kohäsion aufforderte, ohne jedoch den Namen Santrich explizit zu erwähnen. Darin heißt es:

In dem Moment, in dem wir den Vertrag unterzeichnet haben, haben wir die Verfassung und die Gesetze akzeptiert und es ist unsere Pflicht uns nach diesen zu verhalten. Wer das nicht tut muss mit Konsequenzen rechnen und kann im schwersten Fall die Solidarität der Partei verlieren (Londoño; zitiert nach El Tiempo 28.04.2018)\*

Im Gegensatz dazu drohte Marín damit, alle verfügbaren Guerilleros in den Übergangscamps zu versammeln, um Santrichs Freilassung zu erpressen (vgl. Endres 2018). Zudem kündigte er an, bis zur Freilassung aus Protest auf seinen Senatsitz zu verzichten. Dabei beschwor er sogar das Scheitern des Friedensvertrags herauf (vgl. LaFM 28.04.2018).

Ein weiterer Unterschied zwischen den Lagern ist in Bezug auf den Politikstil festzustellen. So ist vorwiegend von „Hardlinern“ wie Carlos Lozada zu hören, dass sich die FARC nicht mit den Möglichkeiten der politischen Partizipation im Kongress begnügen, sondern zu Maßnahmen wie Streiks und Demonstrationen zurückgreifen soll, um den Druck auf die Politik zu erhöhen (vgl. *Semana* 11.03.2018: 27). Die scharfe Rhetorik geht dabei in die Richtung eines „umgekehrten Clausewitz“ – also zu der Tendenz, die Politik als Krieg mit anderen Mitteln zu begreifen (vgl. Söderberg Kovacs 2008: 147).

**Graphik 4: Ergebnisse der Wahlen zur Direktion am 31.08.2017<sup>20</sup>**



<sup>20</sup> Anmerkung: angeführt sind die drei Bestplatzierten des jeweiligen von der *Semana* definierten „Lagers“; rechts abgebildet sind die als „dogmatisch“ bezeichneten Personen, links die ideologisch „offeneren“; abgestimmt haben ca. 1.200 Personen; Daten von Castrillón 2017; eigene Darstellung.

Doch welches Lager kann sich parteiintern am besten durchsetzen? Wie an den Abstimmungsergebnissen zur Direktionswahl am 31. August 2017 zu sehen ist (Graphik 4), haben Vertreter beider Lager ähnlich gute Wahlergebnisse erzielt. Denn auch wenn die „Dogmatiker“ um Luciano Marín, der im Nationalrat der Kommunen die meisten Stimmen erhielt, einen leichten Vorsprung verzeichnen, ist besonders das Ergebnis von Pablo Catatumbo beachtlich.<sup>21</sup>

Politisch durchgesetzt hat sich jedoch fürs Erste Londoño, den die Partei als Spitzenkandidaten für die Präsidentschaft in den Wahlkampf schickte. Damit ist der ehemalige Guerillachef auch zum Gesicht der neuen Partei geworden. Als einer der wenigen Parteimitglieder hatte er im Zuge seiner Kandidatur öffentlich politische Ziele formuliert und damit maßgeblich die Eckpunkte der politischen Linie der FARC bestimmt.

Wie zu erwarten hat die Umsetzung und Einhaltung des Friedensvertrags einen hohen Stellenwert. Insbesondere sticht

---

<sup>21</sup> Von den genannten Personen werden Marín, Catatumbo und Lozada im Senat vertreten sein. Für Santrich war ein Sitz in der Repräsentantenkammer vorgesehen (vgl. El Tiempo 09.04.2018). Die restlichen FARC-Abgeordneten Victoria Sandino, Sandra Ramírez (Senat), sowie Byron Yepes, Jairo Quintero, Marco Calarcá und Olmedo Ruíz (Repräsentantenkammer) lassen sich nicht klar einem der Lager zuordnen.

die Forderung der im Friedensvertrag vereinbarten Landreform hervor, die genauso wie die vorgeschlagene Steuerpolitik in erster Linie dem Problem der starken Ungleichverteilung in Kolumbien entgegenwirken soll. Vor allem Kleinverdiener und Unternehmen sollen entlastet und reiche Landbesitzer stärker besteuert werden. In der Wirtschaftspolitik setzt Londoño auf marktwirtschaftliche Reformen, ohne in das Privateigentum eingreifen zu wollen. Hier hat sich das Bewusstsein durchgesetzt, dass eine klare Distanzierung von Venezuelas Maduro-Regime politisch opportun ist. Dennoch ist es ein Ziel seiner Wirtschaftspolitik, die nationale Produktion zu intensivieren und die Abhängigkeit vom Weltmarkt zu reduzieren. Zudem soll der Minensektor transformiert werden, sodass dieser weniger vom Extraktivismus abhängt (vgl. *Semana* 28.01.2018). Im Laufe des Wahlkampfes hatte Londoño zunächst versucht, eine große Koalition der Linken zu schaffen. Dies war jedoch sowohl bei Gustavo Petros *Movimiento Colombia Humana* als auch beim *Polo Democrático* auf Ablehnung gestoßen (vgl. *Semana* 11.03.2018: 27).

### 3.2.3 *Auswirkungen auf den Friedensprozess*

Solange die Politik der FARC durch vergleichsweise angepasste Mitglieder vertreten wird, gibt es aus friedentheoretischer Per-

spektive wenig zu befürchten. So hatte sich Londoño beispielsweise mit scharfen Worten von den Aktivitäten der FARC-Dissidenten distanziert (vgl. Semana 28.01.2018). Jedoch bleibt abzuwarten, wie sich die heraufziehende Lagerbildung weiterentwickelt. Denn durch interne Spannungen könnte der innere Zusammenhalt gefährdet werden. Dies wird durch eine Vielzahl von Ereignissen verschärft, die die Geduld der Parteihardliner auf die Probe stellen. Hier sind nicht nur das schwache Wahlergebnis und der schon erwähnte Santrich-Fall anzuführen, sondern auch – wie im Kapitel zum temporalen Dilemma noch erläutert wird – die langsame Implementierung der Bestandteile des Friedensvertrags durch den Staat sowie die mangelnden Sicherheitsgarantien.

Sollte die FARC in Zukunft die Oppositionsrolle nicht akzeptieren wollen und auf einen radikaleren Kurs einschwenken, kann nicht ausgeschlossen werden, dass sie sich vereinzelt wieder den militarisierten Dissidentengruppen annähert. Nach Angaben von OCHA (vgl. 2018: 3) ist die FARC-Dissidenz für 9 Prozent aller bewaffneten Aktionen des ersten Trimesters 2018 verantwortlich; die ELN für 31 Prozent. Etwa tausend Guerilleros (ca. 6 Prozent) sind noch bewaffnet und in 41 Gemeinden präsent, eine zuletzt steigende Tendenz (vgl. El País 07.03.2018). Eine offizielle Annäherung ist jedoch

aufgrund des schlechten Verhältnisses zwischen Dissidenz und Partei derzeit unwahrscheinlich, stellt doch die politische Transformation einen Verrat an der eigenen Sache dar. Empirisch ist dieses Problem nur schwer zu überprüfen.

Wahrscheinlicher ist, dass die Partei Gefahr läuft, anhand unterschiedlicher Positionen zwischen Anpassung und Radikalität zu zerbrechen und das Transformationsprojekt scheitert. Dies wäre insofern kritisch als dass die FARC vor allem mit ihrer Umverteilungspolitik legitime Forderungen eines Teils der Bevölkerung stellt, der politisch unterrepräsentiert ist.

Denn wie die Kongresswahlen zeigen, leben die FARC-Sympathisanten mehrheitlich auf dem Land, teilweise sogar so abgeschieden, dass eine Stimmabgabe nicht möglich war. Zudem konnten sich einige nicht für die Wahlen registrieren oder besitzen keinen Personalausweis, sodass das Wahlergebnis auch hätte höher ausfallen können (vgl. Semana 18.03.2018: 40). In der Konsequenz bedeutet dies, dass die FARC durchaus die Chance hat, mit einem glaubwürdigen Wahlprogramm, welches dem durchaus vorhandenen Wählerpotential entspricht, in Zukunft Stimmen für sich zu bekommen. Mit 4.622 Stimmen in Antioquia, 4.134 in Cauca, 4.058 in Valle de Cauca, 2.714 in Huila und 2.553 Putumayo ist damit schon der erste Schritt

getan. Glaubwürdigkeit kann die Partei nur erlangen, indem sie sich an die Spielregeln der Demokratie und des Friedensvertrags hält. Für eine erfolgreiche Transformation muss die FARC darauf achten, im Rahmen des Gesetzes zu bleiben und an ihrer Außenwirkung zu arbeiten. Ein Elitenwechsel könnte hier ein deutliches Zeichen setzen.

#### *3.2.4 Hypothesenableitung*

Beim vertikalen Dilemma zeigte sich die Herausforderung der FARC, bei ihrer politischen Transformation dem Anpassungsdruck der Demokratie zu entsprechen. Zwar lässt sich der FARC eine weitgehend reibungslose Neujustierung der Organisationsstruktur bescheinigen, bei der sie unverkennbare Fortschritte bei der internen Demokratisierung gemacht hat, doch führten besonders die Diskussionen um die ideologische Politikausrichtung zu Spannungen innerhalb der neuen Partei. Hier zeigt sich die Tendenz einer Lagerbildung zwischen „Angepassten“ um Rodrigo Londoño, die eine weniger dogmatische und an den Wählern ausgerichtete Politik vertreten, und „Hardlinern“ der Partei um Luciano Marín. Da sich beide auch in ihrer Reformbereitschaft und dem Grad ihrer Akzeptanz der demokratischen Institutionen unterscheiden, ist es für den Frieden bedeutsam, dass die „Angepassten“ auf Dauer ihre politische

Dominanz behalten, da von dieser Seite eine schärfere Abgrenzung gegenüber der FARC-Dissidenz zu vernehmen ist. Als ein ursprünglicher Grund für die Lagerbildung konnte die Enttäuschung über den fehlenden Systemwechsel identifiziert werden, da die FARC von ihrem Selbstverständnis her revolutionär eingestellt ist. Daher kann die **Hypothese (H2)** aufgestellt werden, dass der innere Zusammenhalt einer Rebellenorganisation stärker herausgefordert ist, wenn sie sich in ein unverändertes System integriert, das sie zuvor bekämpft hat. Durch äußere Einflüsse kann der innere Widerstand gegen die Anpassung vergrößert werden, wenn diese wie eine Provokation für das revolutionäre Selbstverständnis wirken.

### *3.3 Das systemische Dilemma: interne vs. internationale Legitimierung*

#### *3.3.1 Das Engagement internationaler Akteure im Friedensprozess*

Das systematische Dilemma ist das in Kolumbien am wenigsten stark ausgeprägte. Jedenfalls wenn man es im Sinne von Söderberg Kovacs (2008) als Widerspruch zwischen lokalen und internationalen Intentionen begreift. Denn aufgrund der Exklusivität des Dialogs zwischen der FARC und der Regierung Santos am Runden Tisch (*Mesa de Conversaciones*) waren die Möglichkeiten zur Einflussnahme begrenzt (vgl. Kurtenbach

2012: 3). Sowohl für die FARC als auch für die Regierung Santos war klar, dass die politische Inklusion der Rebellengruppe ein integraler Bestandteil des Vertrags werden würde.

Dies wurde besonders deutlich, nachdem die erste Version des Abkommens im Referendum abgelehnt worden war. Zwar wurde in den Neuverhandlungen eine Reihe von Änderungsvorschlägen aus der Zivilgesellschaft umgesetzt, doch das Recht zur politischen Transformation wurde nicht zur Disposition gestellt und die umstrittenen Sitzgarantien im Kongress beibehalten. So sagte Santos, dass es der „tieferer Sinn eines jeden Friedensabkommens ist, dass die Guerilleros die Waffen niederlegen und Politik im Rahmen der Legalität machen können“ (Santos; zitiert nach Ehringfeld 13.11.2016).

Für eine starke Evidenz des systematischen Dilemmas müsste von internationaler Seite ein deutlicheres Engagement zur Stärkung oder Schwächung des Aufbaus der neuen Rebellenpartei zu verzeichnen sein. Wie Söderberg Kovacs (vgl. 2018: 150) schreibt, werden Rebellenparteien meistens nur dann international gefördert, wenn dies notwendig erscheint. Im Friedensprozess von Mosambik wurde ein Fond der Vereinten Nationen von 17 Millionen US-Dollar eingerichtet, um die RENAMO zu unterstützen. Außerdem wurde die Rebellenpar-

tei bei der Kandidatenauswahl sowie bei ihrem ersten Wahlkampf technisch und ideell gefördert. Dadurch war sie in hohem Maß von der internationalen Gemeinschaft abhängig. (vgl. Kumar 1998: 218). Im Fall Sierra Leones stand im Gegensatz dazu die anfängliche Unterstützung der RUF, die auf internationalen Druck hin im Friedensvertrag von Lomé 1999 die Möglichkeit zur politischen Partizipation zugesichert bekommen hatte, im Kontrast zum Willen der lokalen Bevölkerung. Als jedoch rund 700 Blauhelmsoldaten in Geiselschaft gerieten, änderte sich die Meinung der internationalen Akteure und es kam zu einem Strategiewechsel, bei dem die RUF schließlich marginalisiert werden sollte. Der Entzug der internationalen Unterstützung, der auch besser den Vorstellungen der Bevölkerung entsprach, führte zur politischen Bedeutungslosigkeit, aus der sich die Partei bis heute nicht erholt hat. Das systematische Dilemma kann sich jedoch auch in umgekehrter Richtung zeigen. So schritt der Hohe Repräsentant der Vereinten Nationen bei den Wahlen im Nachkriegsbosnien ein, um demokratisch gewählte Volksvertreter zu entlassen, da diese als Gefahr für den Frieden betrachtet worden waren. Hier wurden demokratische Prinzipien missachtet und zu stark beschränkt (vgl. Söderberg Kovacs 2008: 150–151).

Im Fall Kolumbiens wollte die internationale Gemeinschaft den Verdacht der Einflussnahme auf die Rebellentransformation auf ein Minimum begrenzen. So wird in der Resolution zur Verifikationsmission der Vereinten Nationen *Colombia's ownership of the implementation of the Final Peace Agreement* explizit erwähnt und respektiert (Security Council 2016: 2).

Über Intentionen der Einflussnahme durch Nationalstaaten wird bisher in Presse und Wissenschaft nur spekuliert. Besonders in US-amerikanischen Medien findet sich der Vorwurf, dass Russland versucht habe, die Wahlen 2018 in Kolumbien zu manipulieren und die russlandfreundliche FARC zu unterstützen, um sich damit mehr Einfluss im Land zu sichern. Anhaltspunkte für diese These sehen Kritiker beispielsweise in den prominenten Auftritten Londoños in russischen Medien, der sich u. a. in einem Exklusivinterview von *RT en Español*, einem in Lateinamerika erfolgreichen YouTube-Kanal, als Friedensmacher inszenieren konnte (vgl. De Leon/ Salvo 2018).

Außerdem trägt die Politik der Europäischen Union, die die FARC im Gegensatz zu den USA von ihrer Liste terroristischer Vereinigungen gestrichen hat, indirekt zur Unterstützung der Partei bei. Denn die Streichung von der Liste

impliziert die Aufhebung von Sanktionen, was bedeutet, dass Vermögenswerte der FARC nicht mehr eingefroren werden und es EU-Bürgern nicht mehr unter Strafe gestellt ist, die FARC zu finanzieren (vgl. Council of the EU 2016: 1). Dies ist, ob gewollt oder nicht, ein Zeichen der Anerkennung.

Insgesamt muss jedoch festgestellt werden, dass im Ausland eher die Ziele der Stabilität und des Friedens in Kolumbien im Vordergrund stehen und die politische Transformation der FARC im Allgemeinen eher als Randthema diskutiert wird. Statt einen Anspruch auf Ownership zu erheben, finden sich sogar Argumente dafür, dass sich die internationale Gemeinschaft für eine stärkere Beteiligung der lokalen Bevölkerung an den Friedensverhandlungen einsetzte. Anfang der 2000er Jahre hatte es unter der Amtszeit Kofi Annans als Generalsekretär der Vereinten Nationen einen Paradigmenwechsel gegeben und das Prinzip des „local ownership“ wurde, wie in Resolution S/2001/394 vorgegeben, Teil der Konzepte von Friedenseinsätzen:

[Peace and development] can only be achieved by the local population itself; the role of the United Nations is merely to facilitate the process that seeks to dismantle the structures of violence and create the conditions conducive to durable peace and sustainable development (Security Council 2001: 2)

Hinter diesem Prinzip steht das Kalkül, lokale Widerstände zu reduzieren und dem Prozess zusätzliche Legitimation zu verleihen. Allerdings lässt es offen, wer genau die *locals* sind, um die es geht.

Doch bevor die Partizipationsmöglichkeiten der lokalen Bevölkerung genauer spezifiziert werden, soll zunächst an dieser Stelle dargelegt werden, wie sich internationale Akteure im Friedensprozess engagiert haben: Historisch betrachtet war das internationale Engagement im kolumbianischen Konflikt eher zurückhaltend. Dies änderte sich langsam unter der Amtszeit Pastranas. Unter Santos lässt sich schon von einer hohen Internationalisierung sprechen (vgl. Villamil 2016: 209). So zeigte sich die Involvierung ausländischer Akteure in diesem Annäherungsversuch der Regierung mit der FARC schon zu einer Phase, in der die Kontakte zwischen Santos und der FARC gerade erst hergestellt worden waren. So bot Venezuela Anfang 2011 Unterstützung für die Organisation der ersten Vorbereitungstreffen an. Drei Gespräche gab es im venezolanisch-kolumbianischen Grenzgebiet, die das Ziel hatten, Regeln zu setzen und das weitere Vorgehen abzuklären (vgl. Nylander/ Sandberg/ Tvedt 2018: 2).

**Engagement der Garantiestaaten:** In einer frühen Phase wurde beschlossen, Kuba und Norwegen als Garantieländer einzubinden. Im März 2012 starteten geheime Sondierungsgespräche auf neutralem Boden in Havanna. Dabei kümmerte sich die kubanische Regierung um die Gästeunterbringung und die Sicherheit der Teilnehmer.

Als es schließlich darum ging, den Dialog öffentlich zu machen, bot Norwegen an, die formelle Eröffnung der Friedensverhandlungen am 18. Oktober 2012 nach Oslo zu verlegen (vgl. Villamil 2016: 218). Dies hatte den entscheidenden Vorteil, dass auf diese Weise auch außerhalb Lateinamerikas internationale Unterstützung demonstriert werden konnte. Da die FARC sowohl in den USA als auch in der Europäischen Union zu diesem Zeitpunkt auf der Liste terroristischer Gruppen gestanden hatte, war die norwegische Hauptstadt ein idealer Standort, um diversen Haftbefehlen gegen FARC-Mitglieder zuvorzukommen (vgl. Nylander/Sandberg/ Tvedt 2018: 3). Zudem bot Oslo eine geeignete Symbolik, da dort seit den Friedensgesprächen zwischen Israelis und Palästinensern in den 90er Jahren viele weitere Verhandlungen, z. B. zu Konflikten in Sri Lanka, Mali, Guatemala und dem Sudan geführt worden waren (vgl. Semana

17.10.2012). Die weiteren Gesprächsrunden fanden wieder in Havanna statt.

Der Status Norwegens und Kubas als Garantiestaaten ging mit einem flexiblen Mandat einher, welches Vertrauensbildung und „mediationsähnliche“ Aktivitäten umfasste. Darunter lassen sich beispielsweise *capacity-building*-Maßnahmen fassen. Da die FARC im Vergleich zu den Vertretern der kolumbianischen Regierung über wenig Verhandlungsexpertise und Informationen verfügte, konnten die Garantiestaaten, die permanent in Havanna zugegen waren, zu einem Ausgleich dieser Asymmetrie beitragen (vgl. Nylander/ Sandberg/ Tvedt 2018: 4).

**Engagement der Begleitstaaten:** Staatlicherseits ist auch die Beteiligung Chiles und Venezuelas im Friedensprozess zu beachten. Ihre Aufgaben waren im Vergleich zu den Garantiestaaten limitiert, doch war ihre Funktion nicht minder wichtig. Als Beobachter und Zeugen der Verhandlungen trugen sie nicht nur zur Glaubwürdigkeit des Prozesses bei, sondern demonstrierten eine regionale Rückendeckung (vgl. Villamil 2016: 219).

**Die Rolle Deutschlands:** Des Weiteren sind Aktivitäten mehrerer europäischer Länder wie Frankreich und Deutschland zu nennen. Seit 2015 gibt es einen

Sonderbeauftragten der Bundesregierung, der die deutsche Unterstützung humanitärer Organisationen koordinieren soll. Für ein Maßnahmenpaket, zu dessen Schwerpunkt die Räumung von Anti-Personen-Minen gehört, hat das Auswärtige Amt Mittel von 3,5 Millionen Euro zur Verfügung gestellt. Zudem hat das BMZ die Entwicklungszusammenarbeit im selben Jahr verdoppelt (vgl. Naucke/ Maihold 2015: 7).

Doch auch **internationale Organisationen** haben einen Beitrag für den Friedensprozess geleistet. Dieser zeigte sich u. a. in logistischen Aufgaben. Nachdem Kuba als Verhandlungsort ausgesucht worden war, stellte sich z. B. die Frage, wie die FARC-Delegationen sicher dort hingelangen sollten. Jeder Transport von FARC-Mitgliedern musste präzise geplant und durchgeführt werden – eine Aufgabe, die das Internationale Rote Kreuz übernahm (vgl. ICRC 2016).<sup>22</sup>

Als schließlich das Abkommen geschlossen worden war spielten die Vereinten Nationen eine wichtige Rolle beim Monitoring und der Verifikation der Implementierung von Vertragsbestandteilen. Dazu war bereits im Januar 2016 durch

---

<sup>22</sup> Dies war keine leichte Entscheidung für die FARC. Einige Jahre zuvor hatte das kolumbianische Militär einen Angriff gegen die FARC geführt und dabei einen Helikopter mit dem IKRK-Logo getarnt (vgl. Nylander/ Sandberg/ Tvedt 2018: 2-4).

die Resolution S/RES/2261 eine Verifikationsmission ins Leben gerufen worden (vgl. Security Council 2016: 1–2). Diese hatte zum Ziel, Waffenstillstände zu überwachen und die Entwaffnung der FARC zu unterstützen. Auf Grundlage der Resolution 2366 wurde das Mandat verlängert. Der Fokus liegt seitdem auf der Verifikation von Bestandteilen des Friedensvertrags, die sich mit der Reintegration von FARC-Kämpfern und dem Kampf gegen kriminelle Organisationen beschäftigen (vgl. Misión de Verificación n. d.). Außerdem ist die Unterstützungsmission für den Friedensprozess (MAPP) der Organisation Amerikanischer Staaten (OAS) in Kolumbien aktiv. Zu ihren Aufgaben zählen beispielsweise die Begleitung und das Monitoring in den Bereichen Sicherheit für die Zivilbevölkerung und soziale Führungspersonlichkeiten, Reparationen und Landrückgabe (vgl. OEA n. d.).

### *3.3.2 Partizipationsmöglichkeiten der Zivilbevölkerung*

Auch wenn FARC und Regierungsvertreter weitestgehend unter sich diskutiert haben, wurden dennoch Anstrengungen unternommen, um die Partizipationsmöglichkeiten der Zivilbevölkerung zu erhöhen. So wurden zunächst drei Maßnahmen umgesetzt, die für lokalen Input sorgen sollten:

Erstens wurde eine Internetseite eingerichtet, bei der Zivilpersonen Vorschläge und Kritik hochladen konnten. Des Weiteren organisierten die Vereinten Nationen in Zusammenarbeit mit der Nationalen Universität Bogotá sechs Forumstreffen des gesellschaftlichen Austauschs, bei denen sich viele Interessengruppen beteiligt hatten. Allerdings nahm die FARC an diesen Veranstaltungen nicht teil und auch die Regierung spielte nur eine Nebenrolle. Ziel war es eher, der Bevölkerung den aktuellen Stand der Havanna-Gespräche zu vermitteln. Drittens hatten die Verhandlungspartner beschlossen, externe (internationale wie lokale) Experten aus Wissenschaft und „Friedens-Praxis“ zu Gesprächsrunden einzuladen. Während in den FARC-Delegationen ausschließlich Guerilleros vertreten waren, fanden sich in den Reihen der Regierungsmannschaft auch prominente Persönlichkeiten aus der kolumbianischen Gesellschaft. Da besonders im Sicherheits- und Privatsektor Skepsis gegenüber dem Dialog mit der FARC vorherrschte, wurden Personen aus Polizei, Militär und Wirtschaft zu Friedenskommissaren ernannt. Und als der Runde Tisch dabei war, über Rechte von Betroffenen zu sprechen, einigten sich die Parteien darauf, mehr auf die zivilen Interessengruppen zuzugehen und einen direkten Dialog

zwischen vom Konflikt betroffenen Menschen und den Konfliktparteien zu ermöglichen. So sollte eine Verbindung zwischen den Realitäten der Betroffenen und dem Runden Tisch hergestellt werden. Insgesamt organisierten die Vereinten Nationen in Zusammenarbeit mit der kolumbianischen Bischofskonferenz Besuche von fünf Delegationen von Betroffenen in Kuba, bestehend aus jeweils zwölf Personen (vgl. Nylander/ Sandberg/ Tvedt 2018: 7-8).

### *3.3.3 Dilemma zwischen Vertraulichkeit und Bürgernähe*

Nichtsdestotrotz überwog der Eindruck, dass die Gespräche, die sich über vier Jahre lang hinzogen, zu weit weg von der kolumbianischen Gesellschaft stattfanden, und dies nicht nur aus geographischer Sicht. So wurden immer wieder Forderungen nach zusätzlichen Kommunikationskanälen laut. In Bezug auf die Ownership-Problematik zeigt sich hier ein systematisches Dilemma: allerdings zwischen der Notwendigkeit der Vertraulichkeit der Gespräche und dem Wunsch der lokalen Bevölkerung nach Partizipation:

Gegen die Partizipation der Bevölkerung sprach, dass, wie bereits dargelegt, keine große Vertrauensbasis zwischen FARC und Regierung gegeben war, sodass die Verhandlungspartner – gerade bei heiklen Themen wie der

politischen Inklusion der FARC – die Abgeschiedenheit bevorzugten. Diese war im Gebäudekomplex „El Laguito“ der kubanischen Regierung gegeben. Außerdem hatten die private Atmosphäre in der Nähe eines Sees und die Tatsache, dass die Delegierten quasi nebeneinander wohnten, informelle Gespräche begünstigt (vgl. Nylander/ Sandberg/ Tvedt 2018: 2). Auch im Hinblick auf die Sicherheit der FARC-Delegierten wäre es kaum möglich gewesen, die Gespräche in Kolumbien stattfinden zu lassen. Denn selbst nach Unterzeichnung des Friedensvertrags ist die Sicherheit von FARC-Mitgliedern im Land nach wie vor gefährdet. Wie aus einem Bericht der *Fiscalía General de la Nación* hervorgeht, sind in den ersten 14 Monaten, in denen sich die FARC in der Legalität wähnte, 44 Attacken gegen sie verübt worden, für die vor allem die *banda criminal* „Golf-Klan“ sowie die ELN verantwortlich waren. 50 Menschen kamen dabei ums Leben (vgl. *El Espectador* 08.02.2018). Außerdem sieht die FARC die Arbeit in ihren Parteibüros bedroht. In Quidbó, der Hauptstadt des Departamentos Chocó kam es beispielsweise zu einem schweren Raubüberfall (vgl. Consejo Departamental de FARC en Chocó 24.01.2018).

Daraus lässt sich schließen, dass die Exklusivität des Dialogs für die Einigung in den Verhandlungen erforderlich war. Jedoch war die Konsequenz ein signifikanter Legitimitätsverlust, da sich viele Personen aus der Zivilgesellschaft nicht mit dem Prozess identifizieren konnten.

### *3.3.4 Auswirkungen auf den Friedensprozess*

Zwar gab es, wie bereits dargelegt, Bestrebungen, die lokale Partizipation zu erhöhen, doch können diese nicht als ausreichend betrachtet werden. Besonders beim gescheiterten Plebiszit zeigte sich, dass es ein Fehler gewesen war, nicht genügend auf gesellschaftliche Bedenken zur politischen Partizipation der FARC eingegangen zu sein. Denn dies war eine willkommene Gelegenheit für das *Centro Democrático*, die mangelnde gesellschaftliche Identifikation der Gesellschaft in negative Ressentiments gegen den Prozess zu wandeln. Diese Erfahrung sollte in die Verhandlungen mit der ELN einfließen, die ebenfalls die politische Transformation anstrebt, wie sie 2015 auf ihrem fünften Kongress beschlossen und anschließend auf ihrer Webseite veröffentlicht hat (vgl. Los Tiempos 2015).

### 3.3.5 *Hypothesenableitung*

Beim systematischen Dilemma ließen sich im Gegensatz zur von Söderberg-Kovacs aufgestellten These keine besonderen Interessengegensätze zwischen lokalen und internationalen Akteuren feststellen. Dies hängt mit der Exklusivität der Dialogführung bei den Friedensverhandlungen zusammen. Nichtsdestotrotz war das internationale Engagement vor allem bei der Logistik, der Begleitung, dem Monitoring und der Verifikation des Friedensprozesses sehr wichtig. Auch gab es Initiativen von Seiten der internationalen Akteure, die Bevölkerung nach der Logik des „local ownership“ stärker in die Friedensverhandlungen einzubinden. Jedoch stellte sich heraus, dass die Maßnahmen zur Partizipation nicht weit genug gingen. Gerade beim schwierigen Thema der Rebellentransformation benötigten die Konfliktparteien ein hohes Maß an Privatsphäre und einen vertraulichen Rahmen, da ein großes Misstrauen zwischen FARC und Regierung vorherrschte. Außerdem wäre es aus Gründen von Sicherheitsbedenken schwierig gewesen, die Gespräche nach Kolumbien zu verlegen. Darunter litt jedoch das Bedürfnis nach Teilhabe der Bevölkerung. Insgesamt zeigten sich jedoch kaum signifikante Interessengegensätze zwischen internationalen und lokalen Akteuren.

Wenn man bedenkt, dass die internationalen Akteure sich beispielsweise in Mosambik stärker mit der politischen Transformation der RENAMO beschäftigt haben, drängt sich die **Hypothese (H3)** auf, dass das internationale Engagement bei der Rebellentransformation umso geringer ist, je weniger Einfluss davon auf die politische Ordnung der Nachkriegszeit zu erwarten ist. So hatte die RENAMO zu Zeiten des Kalten Kriegs als antikommunistische Widerstandsgruppe gekämpft und galt auf der internationalen Ebene als förderungswürdig. In Kolumbien ist der zu erwartende Einfluss bei der Unterstützung der FARC auf die Nachkriegsordnung vergleichsweise gering, da die Rebellenpartei im demokratischen Wettbewerb mit anderen linken Parteien steht und es derzeit unwahrscheinlich ist, dass die FARC in naher Zukunft die Regierung stellen wird.

### *3.4 Das temporale Dilemma: Das Erbe des Bürgerkriegs vs. Fortschrittszwang*

#### *3.4.1 Die Versprechen des Friedensvertrags*

Um den Frieden auf eine stabile Grundlage zu stellen, sieht der Friedensvertrag Reformen vor, welche die zentralen Konfliktursachen betreffen, zu denen besonders die Ungleichverteilung von Land und die Exklusion

marginalisierter Bevölkerungsgruppen zählen. Für einen erfolgreichen Friedensprozess ist eine Linderung dieser strukturellen Probleme unabdingbar. Dass das Thema Landreform (*Reforma Rural Integral*) dabei eine Schlüsselrolle spielen sollte, zeigt sich daran, dass dieses als erster Punkt überhaupt auf der Agenda der Friedensverhandlungen gestanden hatte.

Die Vehemenz, mit der die FARC auf diesen Punkt bestand, kann als Hinweis darauf verstanden werden, wie wichtig Fortschritte in diesem Bereich für das zukünftige Engagement der FARC bei ihrer Reintegration sind. Schon seit ihrer Gründung hat sie für eine radikale Landreform gekämpft. Heute ist die Forderung zwar moderater formuliert, aber immer noch gilt sie als eine ihrer zentralen Anliegen (Binningsbø/Dahl/ Nygård/ Weintraub 2018: 42).

Kolumbien ist mit dem Wert 50,8 im Jahr 2016 weltweit eines der zehn Länder mit den höchsten Gini-Koeffizienten in der Einkommens- und Vermögensverteilung.<sup>23</sup> Während das reichste Fünftel der Bevölkerung über 62 Prozent des Gesamtvermögens verfügt, entfallen auf das ärmste Fünftel lediglich 2,5

---

<sup>23</sup> Der Gini-Index kann von 0 (alle statistisch erfassten Personen im arbeitsfähigen Alter verdienen genau gleich viel) bis 100 reichen. Letzteres würde bedeuten, dass nur eine Person das komplette Einkommen erhält.

Prozent (vgl. BMZ 2018). Besonders drastisch ist das Problem der Landkonzentration, die in Kolumbien höher als in jedem anderen Land Lateinamerikas ist. 0,4 Prozent der Bevölkerung besitzen 67 Prozent der kultivierbaren Flächen, während 84 Prozent der landbesitzenden Bevölkerung lediglich vier Prozent des nutzbaren Landes unter sich aufteilen (vgl. Gering/ Gehrman 2017: 3). Dieses Problem ist dadurch verschärft worden, dass sich der Anteil des Großgrundbesitzes (über 500 Hektar) von 5 Millionen Hektar im Jahr 1970 auf 47 Millionen Hektar im Jahr 2014 drastisch erhöht hat (vgl. Oxfam 2017: 10). Um das Ausmaß der Entwicklung der Ungleichverteilung von Land zu ermitteln, wurde ein spezieller Gini-Koeffizient entwickelt, bei dem der Wert 0 eine exakte Gleichverteilung, und der Wert 1 eine maximale Landkonzentration bedeutet. Aus den Daten des *Instituto Geográfico Agustín Codazzi* (IGAC) ist ersichtlich, dass sich die Landkonzentration seit den 80er Jahren kontinuierlich erhöht hat und 2014 auf einen besorgniserregenden Wert von 0,897 gestiegen ist (vgl. Oxfam 2017: 8). Dieser Anstieg ist auch mit den Effekten der Inlandsvertreibung und des Landraubs zu erklären.

In Anbetracht dieser Tatsachen vereinbarten FARC und Regierung ein umfassendes Programm von Antwortmechanismen: Erstens wurde ein Land-Fond beschlossen, bei dem

drei Millionen Hektar illegal erworbener oder brachliegender Flächen nach Kriterien der Bedürftigkeit verteilt werden sollten. Dies wäre der vom Konflikt betroffenen Bevölkerung zu Gute gekommen. Zweitens sollten sieben Hektar speziell für kleine und mittelständige Agrarbetriebe ausgewiesen werden und finanzielle Anreize zur Unterstützung geschaffen werden. Drittens war die Schaffung einer speziellen Agrarjustiz vorgesehen. Dies hatte das Ziel, für mehr Gerechtigkeit bei der Landvergabe zu sorgen. Und viertens war eine Aktualisierung und Restrukturierung des Katasters vorgesehen, um einen besseren Überblick über den Großgrundbesitz zu bekommen. Insgesamt sah der Plan eine Verteilung von zehn Millionen Hektar in den ersten zwölf Jahren vor. Außerdem bekannten sich die Konfliktparteien dazu, Anstrengungen zur territorialen Entschädigung von Personen zu unternehmen, die im Zuge des Konfliktes beraubt worden waren oder fliehen mussten (vgl. Acuerdo Final 2016: 14–21).

Wie Survey-Daten zeigen, gibt es auch in der Bevölkerung die Tendenz, die vereinbarte Landreform zu priorisieren. So stellten die Forscher des PRIO und der *Universidad de los Andes* den Befragten in Tumaco und Mesetas die Frage, für welche Maßnahme sie 10 Prozent ihres Steuergeldes entrichten würden. Die Landreform stand dabei

mit 35,6 Prozent mit einem Vorsprung von 10 Prozentpunkten vor der Auswahlmöglichkeit „Straßenbau“ an erster Stelle (Binningsbø/ Dahl/ Nygård/ Weintraub 2018: 47). Auch stimmten 58,6 Prozent voll und ganz mit der Aussage überein, dass sie die Landreform unterstützen würden.

Hier zeigt sich, dass die Kernforderung der FARC in hohem Maße den Prioritäten weiter Teile der Bevölkerung entspricht. Ein statistisch signifikanter Unterschied von Frauen und Männern zeigte sich dabei nicht. Allerdings muss darauf hingewiesen werden, dass die Meinung der Reformgegner statistisch ins Gewicht fällt und als polarisierende Kraft beurteilt werden kann. Hier gibt es eine signifikante Korrelation mit dem sozioökonomischen Status. Wie zu erwarten sind vor allem Großgrundbesitzer ablehnend gegenüber der Landreform eingestellt (vgl. Binningsbø/ Dahl/ Nygård/ Weintraub 2018: 42).

#### *3.4.2 Probleme der Implementierung*

Nach Söderberg Kovacs (vgl. 2008: 152) ist es für den Erfolg von Friedensprozessen nicht unerheblich, mit welcher Geschwindigkeit Reformen durchgesetzt werden, die eine Friedensdividende erwarten lassen. Denn je länger es dauert bis sich die Lebenssituation der lokalen Bevölkerung verbessert, desto geringer wird das Maß an gesellschaftlicher Akzeptanz für

den Friedensprozess. Bis zum 30. November 2017 hatte es noch die Möglichkeit gegeben, die Verhandlungspunkte in einem verkürzten „Fast-track“-Verfahren in Gesetze und Dekrete zu überführen (vgl. Gehring/Gehrmann 2017:1).

Dennoch zeigten sich – wie das temporale Dilemma vermuten lässt – trotz ihrer herausgehobenen Stellung und Wichtigkeit für den Frieden, deutliche Schwierigkeiten bei der Umsetzung der Reformpläne. Bereits im Zuge der Neuverhandlungen hatten Gegner des Abkommens darauf hingewirkt, die Reform entscheidend aufzuweichen. Hier ist einmal mehr Uribe zu nennen, der sich – gestärkt durch den Sieg der Nein-Kampagne beim Referendum – für die Interessen der Großgrundbesitzer und Befürworter von Bergbauprojekten einsetzte.

Dies hatte einen direkten Einfluss auf die Neuverhandlungen und die daraus resultierenden Gesetzesinitiativen der Regierung Santos, die laut Kritikern den im Friedensvertrag festgelegten Plänen zur Landreform an entscheidenden Stellen widersprechen. Besonders umstritten war die aus 166 Artikeln bestehende „Soziale Ordnung von Eigentum und Landflächen“ (*Ordenamiento Social de la Propiedad y Tierras Rurales*), welche als Alleingang der Regierung ohne

Beteiligung der ländlichen Bevölkerung gesehen werden konnte. Mit dieser hatte sich der Präsident von der Möglichkeit einer gerechteren Landverteilung entfernt, da sich die Verteilung von Flächen nach dem neuen Gesetz vielmehr nach dem finanziellen Hintergrund und Vermögen richten sollte (vgl. Pfeifenberger 2017). Studien zur Bewertung dieser Initiative sind jedoch (noch) kaum vorhanden.

Ein weiterer Brennpunkt ist das Thema der territorialen Entschädigung von Personen, die ihren Landbesitz während des Konflikts verloren haben. Hier ist es bei der Implementierung des Gesetzes 1448 von 2011 (*Ley de Víctimas y Restitución de Tierras*) immer wieder zu Verzögerungen gekommen. Schätzungsweise sind im Konflikt etwa acht bis 10 Millionen Hektar Land geraubt worden, welches der Größe der Gesamtfläche des derzeit genutzten Agrarlandes in Kolumbien entspricht. Bis 2017 konnten jedoch nur Ansprüche in einem Umfang von 213.076 Hektar befriedigt werden (vgl. Oxfam 2017: 5).

### *3.4.3 Auswirkungen auf den Friedensprozess*

Aufgrund der schwierigen Implementierung und der Aufweichungen ist die Landreform ein wunder Punkt in der Beziehung der Regierung mit der FARC. Die Differenzen

könnten sich im Laufe der nächsten Legislaturperiode unter Duque noch erhöhen, da er, genau wie Uribe, als Kritiker der Landreform gilt. Statt auf die neuen Agrarinstitutionen wie die Landbank, oder die Agrarjustiz setzt Duque auf die Reformierung des Agrarministeriums. Ländliche Entwicklung soll u. a. durch Steueranreize für die Agrarindustrie reguliert werden, wenn diese formelle Arbeitsplätze für Landwirtschaft schafft. Damit steht die Politik im Widerspruch zu den Interessen der Kleinbauern. Außerdem sollen Personen geschützt werden, die aus Treu und Glauben heraus Land erworben haben. Diese sollen nicht für die Entschädigung beraubter oder vertriebener Personen aufkommen müssen, da diese ja nur (zu einem günstigen Preis) die Flächen von denjenigen erworben hätten, die für den Raub verantwortlich waren (vgl. León 25.05.2018).

Diese Politik lässt Spannungen mit der FARC erwarten. Zwar hat die Ex-Guerilla mit ihren zehn Sitzen im Parlament kein großes politisches Gewicht, doch hat sie die Möglichkeit als politische Partei für die Einhaltung der vertraglich festgelegten Antwortmechanismen auf die Ungleichheit zu werben. Außerdem kann sie mittels ihrer eigenen Kommission zur Begleitung und Verifikation der Implementierung des

Vertrags Misstände benennen und durch die Veröffentlichung von Communiqués Druck erzeugen.

#### *3.4.4 Hypothesenableitung*

Das temporale Dilemma richtet den Blick auf die zeitliche Komponente des Friedensvertrags. Nicht ohne Grund verhandelten die FARC und die kolumbianische Regierung zuerst über das Thema der Landreform, die besonders für die Ex-Guerilla eine Kernforderung darstellt. Die Ungleichverteilung von Land und die Exklusion marginalisierter Bevölkerungsteile waren die Hauptursachen für den langjährigen bewaffneten Konflikt. Auch heute noch ist Kolumbien weltweit eines der Länder mit der höchsten Ungleichheit. Damit der Frieden auf Dauer gelingen kann, darf die Reduzierung dieser strukturellen Gewalt nicht vernachlässigt werden. Eine „Demokratisierung“ des Landzugangs wäre hierzu ein wichtiger Schritt. Doch gerade dieses so wichtige Thema ist immer wieder hinausgezögert worden. Die Entschädigung von Personen, die von ihrem Land durch die Gewalt fliehen mussten oder beraubt wurden, geht nur schleppend voran. Die geplante Landreform, die auch in der Bevölkerung ein hohes Ansehen genießt und die vor allem Kleinbauern unterstützen sollte, wird wohl nicht mehr in die

Tat umgesetzt. Besonders die Agrarpolitik Duques, die sich freundlich gegenüber der Agrarindustrie und den Großgrundbesitzern zeigt, gefährdet den Frieden mit der FARC.

Auch hier lässt sich eine **Hypothese (H4)** formulieren, welche einen Anstoß für die weitere Diskussion liefern soll. So könnte in weiteren Studien untersucht werden, ob Demokratien durch die höheren Entscheidungskosten anfälliger für das temporale Dilemma sind. Durch den Meinungspluralismus und institutionellen Abläufe sind Gesetzesvorhaben in Demokratien in der Regel langsamer umsetzbar als in Autokratien. Die Demokratie hat hier zwar Möglichkeiten, zusätzliche „windows of opportunity“ zu schaffen, doch nützen diese nichts, wenn Möglichkeiten wie „Fast-track“-Verfahren nicht reibungslos funktionieren, delegitimiert sind oder nicht effizient genutzt werden.

## 4 Fazit

### 4.1 *Theoretische Erkenntnisse*

Wie die Analyse gezeigt hat, finden sich im Friedensprozess sowohl Elemente, bei denen die zu einseitige Fixierung auf die Konfliktbewältigung zu demokratischen Defiziten und damit zu einer verschärften Konfliktintensität führt, als auch Aspekte, bei denen die Förderung der Demokratisierung den Friedensprozess gefährdet. Dies ist vor allem dann der Fall, wenn der Wert der Demokratie gegen den des Friedens ausgespielt wird bzw. wenn demokratiethoretische Bedenken produziert und gefördert werden, die den Wert des Friedens vertuschen. Insofern stimmen die Ergebnisse mit dem Aufsatz von Söderberg Kovacs überein.

Auch in Kolumbien wurde die Relevanz der Dilemmata in Bezug auf die politische Inklusion nicht falsifiziert, was darauf schließen lässt, dass sich Söderberg Kovacs Thesen – allerdings mit einigen Auffälligkeiten – auch außerhalb von „Warto-Democracy“-Transitionen anwenden lassen. Transitionsstaaten sind in der Regel anfälliger für Gewalt, doch sind Demokratien in bestimmten Bereichen besonders herausgefordert. Hier hat die vorliegende Arbeit angeknüpft und die Herausfor-

derungen in Hypothesen formuliert, die an dieser Stelle noch einmal erläutert werden sollen:

**H1:** *Die Gefahr einer Polarisierung des horizontalen Dilemmas ist umso größer, je weniger die Rechte der Opposition und deren Möglichkeiten im bestehenden System eingeschränkt sind.*

Diese Hypothese bezieht sich darauf, dass sich die Rolle der Opposition beim horizontalen Dilemma (Inklusion vs. Exklusion) als systemspezifischer Faktor gezeigt hat, der für den Erfolg des Transformationsprojekts und damit für den Frieden verantwortlich ist. Denn die Möglichkeiten zur Beeinflussung des Friedensprozesses sind für Oppositionsparteien umso höher, je größer ihre Relevanz im jeweiligen System ist. Dies bedeutet, dass die Opposition in meinungspluralistischen Demokratien als wichtiger Spieler wahrgenommen werden muss. Allerdings trägt auch sie Verantwortung für den Frieden und sollte das horizontale Dilemma nicht für die Zwecke des eigenen Machterwerbs missbrauchen. Deshalb muss zwischen friedensgefährdenden populistischen Tendenzen und legitimer Kritik an Demokratiedefiziten unterschieden werden, die sich konstruktiv für den Frieden einsetzt. Die Herausforderung für Demokratien besteht also darin, gesellschaftliche Bedenken

ernst zu nehmen und damit den Aufstieg des Populismus einzudämmen.

***H2:** Der innere Zusammenhalt einer Rebellenorganisation ist stärker herausgefordert, wenn sie sich in ein unverändertes System integriert, das sie zuvor bekämpft hat.*

Bei dieser Hypothese wird das Spezifikum von Nicht-Transitionsstaaten, dass kein Systemwandel vonstattengeht, problematisiert, da diese Tatsache direkte Konsequenzen für das vertikale Dilemma (Legitimität vs. Effizienz) und damit auf die strukturellen und ideellen Umwandlungsprozesse von Rebellenparteien hat. Denn wenn die Rebellen nicht am Aufbau eines neuen Systems beteiligt werden, müssen sie sich in das bereits bestehende System eingliedern, welches sie zuvor abgelehnt haben. Dies kann zu internen Lagerbildungen führen und den Zusammenhalt erschweren. Hier verdeutlicht sich die Notwendigkeit, die speziellen Bedürfnisse der Ex-Rebellen nicht außer Acht zu lassen und darauf zu achten, Provokationen, besonders wenn es sich um Abweichungen vom Friedensvertrag handelt, soweit zu beschränken, dass das Engagement der Ex-Rebellen für ihre Reintegration und deren Bekenntnis zur verfassungsrechtlichen Ordnung nicht gefährdet wird.

**H3:** *Das internationale Engagement bei der Rebellentransformation ist umso geringer, je weniger Einfluss davon auf die politische Ordnung der Nachkriegszeit zu erwarten ist.*

Bei dieser Hypothese zeigt sich zunächst einmal ein Vorteil von Systemen, die sich gleichzeitig zur Rebellentransformation nicht verändern. Da diese, besonders wenn sie allgemein als funktionierende Demokratien anerkannt werden, weniger für Interessengegensätze zwischen lokaler Bevölkerung und internationalen Akteuren anfällig zu sein scheinen, wirkt sich das systemische Dilemma (internationale vs. lokale Legitimierung) weniger stark aus. Jedoch darf nicht darüber hinweggetäuscht werden, dass hier das Problem mangelnder Einbindung der Bevölkerung genauso ein virulentes Problem darstellt wie bei Transformationsstaaten. Denn generell zeigt sich, dass die internationale Unterstützung sowie die gesellschaftliche Legitimierung des Friedensprozesses nicht minder wichtig sind.

**H4:** *Je höher die Entscheidungskosten, desto größer die Anfälligkeit für das temporale Dilemma.*

Diese Hypothese wirft die Frage auf, inwiefern sich systemische Eigenschaften der Entscheidungsfindung in Demokratien auf die Umsetzung von Maßnahmen auswirken, die eine

Friedensdividende für die Bevölkerung versprechen. Nach Söderberg Kovacs ist der zeitliche Rahmen dabei von zentraler Bedeutung, da nach dem temporalen Dilemma (Erbe des Bürgerkriegs *vs.* Fortschrittszwang) der Fokus auf die Umstände gelegt werden muss, die in Kriegsgesellschaften die schnelle Umsetzung von Reformen verhindern. In diesem Zusammenhang müssen auch temporäre vereinfachte Legislativverfahren, wie das in Kolumbien angewandte „Fast-track“-Verfahren auf den Prüfstand gestellt werden.

Diese vier Aspekte sollten in die Diskussion um die Rebellentransformation in demokratischen Staaten mit einfließen, um die Gefahr von Rückfällen in Kriegshandlungen zu reduzieren. In Kolumbien betrifft dies direkt die Verhandlungen mit der ELN, die bei aller Fokussierung auf die FARC nicht vernachlässigt werden dürfen. Jedoch sind weitere Studien notwendig, um die Repräsentativität der Hypothesen zu überprüfen.

#### 4.2 *Ausblick*

In Anbetracht dieser Dilemmata ist die Frage, ob die politische Transformation der FARC einen Beitrag zum Frieden in Kolumbien leistet, nicht so leicht zu beantworten. Nichts ist bei diesem Prozess schwarz und weiß, sodass weder die Konzepte

der liberalen noch des illiberalen Friedens vollständig greifen. So ist der Rückgang der Gewalt im Zuge der Friedensverhandlungen und der Demobilisierung der FARC sicherlich als Fortschritt zu bezeichnen. Allerdings ist das Friedensabkommen zwischen FARC und Regierung fragil.

Als größter Unsicherheitsfaktor hat sich die Wahl Iván Duques herausgestellt, da dadurch schwerwiegende Auseinandersetzungen und eine Konfliktverschärfung zwischen der FARC und der Regierung zu erwarten sind. Doch wird sich erst im Laufe der neuen Legislaturperiode zeigen, ob er als Präsident seine Modifikationen am Friedensvertrag durchsetzen kann. Seine Politik des *Uribismo 2.0* wird jedoch mit hoher Wahrscheinlichkeit den Verlauf des Friedensprozesses negativ beeinflussen. Zielführender wäre es, auf konstruktive Beziehungen zu setzen und sich an die Vertragsbestimmungen zu halten. Ansonsten bleibt es zweifelhaft, ob die ELN einen Frieden unter härteren Bedingungen schließen würde. Da Duque aufgrund einer Verfassungsänderung nicht wiedergewählt werden kann, wird er versuchen, sich bei seinen Modifikationen zu beeilen. Für die Zukunft bleibt abzuwarten, ob sich die Befürworter des Friedensabkommens im Parlament gegen diese Pläne wehren können.

## 5 Anhang

### 5.1 Quellen- und Literaturverzeichnis

*Acuerdo Final para la Terminación del Conflicto y la Construcción de una Paz Es table y Duradera*, 24.11.2016, Oficina del Alto Comisionado para la Paz, PDF:

<http://www.altocomisionadoparalapaz.gov.co/procesos-y-conversacion-es/Documentos%20compartidos/24-11-2016NuevoAcuerdoFinal.pdf>; zuletzt geöffnet: 10.02.2018.

*Allison*, Michael, 2010: “The Legacy of Violence on Post-civil War Elections: The Case of El Salvador,” *Studies in Comparative International Development*, Nr. 45: 104–124.

*Amnesty International*, 2018: Report 2017/18. Zur weltweiten Lage der Menschenrechte, PDF:

<https://www.amnesty.org/download/Documents/POL10670020-18GERMAN.PDF>, zuletzt geöffnet: 02.06.2018.

*Bertelsmann Stiftung*, 2018a: Democracy Status 2006-2018, [https://atlas.bti-project.org/share.php?1\\*2018\\*CV:CTC:SELCOL\\*CAT\\*-COL\\*REG:TAB](https://atlas.bti-project.org/share.php?1*2018*CV:CTC:SELCOL*CAT*-COL*REG:TAB), zuletzt geöffnet: 04.05.2018.

*Bertelsmann Stiftung*, 2018b: „Country Report. Colombia,” Gütersloh.

*Binningsbø*, Helga M./ *Dahl*, Marianne/ *Nygård*, Håvard M./ *Weintraub*, Michael, 2018: *Perceptions of and Experience with the Peace Process in Colombia*, Peace Research Institute Oslo (PRIO).

*Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ)*, 2018: Kolumbien,

[https://www.bmz.de/de/laender\\_regionen/lateinamerika/-kolumbien/index.html](https://www.bmz.de/de/laender_regionen/lateinamerika/-kolumbien/index.html); zuletzt geöffnet: 21.06.2018.

Brzoska, Michael, 2009: „Bedingungen erfolgreicher Friedenskonsolidierung,” in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, Nr.46: 15-20.

Castrillón, Gloria, 02.09.2017: “Esta es la dirección del nuevo partido político de las Farc, El Espectador,” <https://colombia2020.elespectador.com/politica/esta-es-la-direccion-del-nuevo-partido-politico-de-las-farc>; zuletzt geöffnet: 16.06.2017.

Casey, Nicholas, 09.02.2018: “Colombian Rebels Suspend Election Campaign, Putting Peace Into Limbo,” *New York Times*, <https://www.nytimes.com/2018/02/09/world/americas/colombia-farc-campaign.html>; zuletzt geöffnet: 12.02.2018.

Cepeda Castro, Iván, 2006: “El Genocidio político: El caso de la Unión Patriótica en Colombia,” in: *Center for Justice and International Law: Revista CEJIL*, Nr.2:101-112.

Cifuentes, Cristina, 25.09.2018: Alvaro Uribe, ex Presidente de Colombia: “El acuerdo con las Farc es un golpe de Estado a la democracia”, *La Tercera*, <http://www2.latercera.com/noticia/alvaro-uribe-ex-presidente-de-colombia-el-acuerdo-con-las-farc-es-un-golpe-de-estado-a-la-democracia/>, zuletzt geöffnet: 25.05.2018.

CNN, 07.06.2018: EE.UU. “pide formalmente la extradición de alias ‘Jesús Santrich’ por narcotráfico,” <https://cnnespanol.cnn.com/2018/06/07/extradicion-jesus-santrich-estados-unidos-colombia/>; zuletzt geöffnet: 18.06.2018.

Consejo Departamental de FARC en Chocó, 24.01.2018: “Ataque a sede de campaña política del partido Farc en Chocó,” <https://www.farc-p.co/comunicado/-ata-que-a-sede-de-campana-politica-del-partido-farc-en-choco.html>, zuletzt geöffnet: 18.02.2018.

*Corporación Latinobarómetro: Opinión Pública Latinomericana*, <http://www.latino-baro-metro.org>, Datenbank, zuletzt geöffnet: 05.06.2018.

Cuéllar, Alfonso, 18.-25.03.2018: “La verdad que nos debe la FARC,” in: *Semana*, Nr. 1872: 52.

Dahl, Robert, 1971: *Polyarchy: Participation and Opposition*. New Haven.

De Leon, Stephannie/ Salvo, David, 04.01.2018: Russian Influence in Mexican and Colombian Elections, *The German Marshall Fund of the United States*, <http://securingedemocracy.gmfus.org/blog/2018/01/04/russian-influence-mexican-and-colombian-elections>; zuletzt geöffnet: 19.06.2018.

*Deutsche Welle*, 04.04.2017: “Congreso de Colombia ‘blinda’ acuerdo de paz con las FARC,” <http://www.dw.com/es/congreso-de-colombia-blinda-acuerdo-de-paz-con-las-Farc/a-38284946>; zuletzt geöffnet: 30.05.2018.

Dudouet, Veronique/ Giessmann, Hans-Joachim/ Planta, Katrin, 2016: “The Political Transformation of Armed and Banned Groups. Lessons Learned and Implications for International Support,” Berghof Foundation.

*El Espectador*, 30.05.2018: “Si gana Iván Duque, nos va a encontrar en la mesa de paz”: ELN, <https://www.elespectador.com/elecciones-2018/noticias/politica/-si-gana-ivan-duque-nos-va-encontrar-en-la-mesa-de-paz-eln-articulo-791564>; zuletzt geöffnet: 12.06.2018.

*El Espectador*, 01.11.2017: “Guía para aclarar rumores sobre el Acuerdo de Paz,” <https://colombia2020.elespectador.com/pais/guia-para-aclarar-rumores-sobre-el-acuerdo-de-paz>, zuletzt geöffnet: 14.03.2018.

*El Espectador*, 08.02.2018: “Fiscalía ha registrado 50 asesinatos contra miembros de las Farc,”

<https://www.elespectador.com/noticias/politica/fiscalia-ha-registra-do-50-asesinatos-contra-miembros-de-las-Farc-articulo-738005>, zulezt geöfnet: 28.02.2018.

*El País*, 07.03.2018: “Preocupación en el Gobierno por aumento de disidencias de las Farc,”

<http://www.elpais.com.co/proceso-de-paz/preocupacion-en-el-gobierno-por-aumento-de-las-disidencias-de-las-Farc.html>; zulezt geöfnet: 14.03.2018.

*El Tiempo*, 23.09.2015: “Las cinco claves del acuerdo sobre justicia con las Farc”;

<http://www.eltiempo.com/archivo/documento/CMS-16385339>; zulezt geöfnet: 02.06.2018.

*El Tiempo*, 31.08.2017: “Las Farc mantienen sus siglas en su transformación a partido político,”

<http://www.eltiempo.com/politica/proceso-de-paz/nombre-y-logo-del-partido-politico-de-las-Farc-125804>; zulezt geöfnet: 09.02.2018.

*El Tiempo*, 13.11.2016: “¡Es la hora de dejar atrás las divisiones!”: Santos, <http://www.eltiempo.com/politica/proceso-de-paz/santos-habla-sobre-nuevo-acuerdo-de-paz-57816>; zulezt geöfnet: 27.05.2018.

*El Tiempo*, 28.01.2018: “El lanzamiento de la candidatura presidencial de Rodrigo Londoño,”

<http://www.eltiempo.com/elecciones-colombia-2018/presidenciales/farc-lanzaron-campana-presidencial-2018-175972>; zulezt geöfnet: 16.06.2018.

*El Tiempo*, 28.04.2018: “Quien infrinja la Constitución y ley debe asumir las consecuencias”,

<http://www.eltiempo.com/justicia/investigacion/rodrigo-londono-timochenko-envia-carta-a-las-farc-sobre-caso-santrich-pidiendo-no-infrin-gir-la-ley-207930>; zuletzt geöffnet: 16.06.2018.

*El Tiempo*, 09.04.2018: „¿Perdería la Farc una curul en el Congreso tras captura de Santrich?“

<http://www.eltiempo.com/justicia/investigacion/que-pasa-con-la-curul-farc-tras-captura-de-santrich-203212>; zuletzt geöffnet: 16.06.2018.

*Ebringsfeld*, Klaus, 18.06.2018: „Iván Duque wird sein Land verändern,” *Weser Kurier*,

“[https://www.weser-kurier.de/deutschland-welt/deutschland-welt-politik\\_artikel,-iv%C3%A1n-duque-wird-sein-land-veraendern-\\_arid,1739942.html](https://www.weser-kurier.de/deutschland-welt/deutschland-welt-politik_artikel,-iv%C3%A1n-duque-wird-sein-land-veraendern-_arid,1739942.html)”; zuletzt geöffnet: 19.06.2018.

*Ebringsfeld*, Klaus, 13.11.2016: „Friedensvertrag, zweiter Versuch,” *Spiegel Online*, <http://www.spiegel.de/politik/ausland/kolumbien-regierung-und-farc-verein-baren-neuen-friedensvertrag-a-1121044.html>; zuletzt geöffnet: 20.06.2018.

*Endres*, Alexandra, 01.05.2018: „Mit geschlossenen Augen in den Krieg”, *Zeit- Online*, <https://www.zeit.de/politik/ausland/2018-05/kolumbien-farc-verhaftung-friedensprozess-gefahr-det>; zuletzt geöffnet: 16.06.2018.

*Finn*, Devin M., 2009: *Transformation of Rebel Movements into Political Parties in Transitions from Civil Conflict: A Study of Rebels' Decision-making. Amid Violence in El Salvador and Zimbabwe*, University of Denver, Electronic Theses and Dissertations, 199, PDF: <http://digitalcommons.du.edu/etd/199>; zuletzt geöffnet: 25.02.2018.

*Fuerza Revolucionaria Alternativa del Común (FARC)*, 04.09.2017: “Estos son los estatutos de la Fuerza Alternativa Revolucionaria del Común,” PDF: <http://www.rebellion.org/docs/231914.pdf>; zuletzt geöffnet: 14.06.2018.

*Fuerzas Revolucionarias Armadas de Colombia* (FARC), n. d.: Estatuto FARC-EP, PDF: <http://www.farc-ep.co/pdf/Estatutos.pdf>; zuletzt geöffnet: 14.06.2018.

Galtung, Johan, 1998: *Frieden mit friedlichen Mitteln. Friede und Konflikt, Entwicklung und Kultur*, Opladen.

Gehring, Hubert/ Gehrman, Anne, 2017: *Ein Jahr nach dem Friedensvertrag in Kolumbien. Fortschritte und Probleme bei der Umsetzung. Eine Bilanz, KAS-Länderbericht*, PDF: [http://www.kas.de/wf/doc/kas\\_50683-544-1-30.pdf?171-115101942](http://www.kas.de/wf/doc/kas_50683-544-1-30.pdf?171-115101942), zuletzt geöffnet: 10.02.2018.

Giraldo, Fernando/ Muñoz, Patricia, 2014: "Partidos políticos en Colombia. Evolución y prospective," KAS, Bogotá, PDF: [http://www.kas.de/wf/doc/-kas\\_37740-1522-1-30.pdf?140514211133](http://www.kas.de/wf/doc/-kas_37740-1522-1-30.pdf?140514211133); zuletzt geöffnet: 07.05.2018.

Gómez Buendía, Hernando *et al.*, 2003: *El conflicto, callejón con salida, Informe Nacional del Desarrollo Humano para Colombia*, Bogotá.

Grisham, Kevin E, 2014: *Transforming Violent Political Movements: Rebels today, what tomorrow?* London.

Gromes, Thorsten, 03.07.2008: „Raus aus der Hölle des Bürgerkriegs," *Frankfurter Rundschau*, <http://www.fr.de/politik/spezials/doku---debatte/bosnien-herzego-wina-raus-aus-der-hoelle-des-buergerkriegs-a-1175092>; zuletzt geöffnet: 27.06.2018.

Hartmann, Christof/ Schrader, Nora, 2010: „Vom Gewaltakteur zur politischen Partei? Rebellengruppen und Parteienwettbewerb in Liberia und der Côte d'Ivoire," in: Fröhlich, Christiane/ Johannsen, Margret/ Schoch, Bruno/ Heinemann-Grüder, Andreas/ Hippler, Jochen: *Friedensgutachten*, Bd. 18, Berlin.

Hensell, Stephan/ Gerdes, Felix, 2017: "Exit from war: The Transformation of rebels into post-war power elites," *Security Dialogue*, Vol. 48, Nr.2: 1-17.

Hitzler, Ronald, 1999: „Konsequenzen der Situationsdefinition. Auf dem Weg zu einer selbstreflexiven Wissenssoziologie“, in: Hitzler, Ronald/ Reichertz, Jo/ Schröder, Norberd (Hrsg.): *Hermeneutische Wissenssoziologie. Standpunkte zur Theorie der Interpretation*, Konstanz.

*International Committee of the Red Cross*, 20.02.2016: "Colombia: The ICRC clarifies its role in the transport of FARC-EP negotiators," <https://www.icrc.org/en/-document/colombia-icrc-clarifies-its-role-transport-farc-ep-negotiators>; zuletzt geöffnet: 18.06.2018.

Ishiyama, Johan/ Batta, Anna, 2011: "Swords into Plow-shares: The Organizational Transformation of Rebel Groups into Political Parties," *Communist and Post-Communist Studies*, Nr. 44: 369–379.

Ishiyama, John/ Marshall, Michael, 2015: "Candidate Recruitment and Former Rebel Parties," *Party Politics* 21, Nr. 3: 591–602.

Ishiyama, John/Marshall, Michael C., 2016: "Does political inclusion of rebel parties promote peace after civil conflict?," in: *Democratization*, Vol. 23, Nr.6: 1009-1025.

Jarstad, Anna K./ Sisk, Timothy D. (Hrsg.), 2008: *From War to Democracy. Dilemmas of Peacebuilding*, New York.

Jarstad, Anna K., 2008: "Dilemmas of war-to-democracy transitions: theories and concepts," in: Jarstad, Anna K./ Sisk, Timothy D. (Hrsg.): *From War to Democracy. Dilemmas of Peacebuilding*, New York: 17-36.

Jost, Stefan, 2013: *Bolivien: Politisches System und Reformprozess 1993-1997*, Wiesbaden.

Käufer, Tobias, 03.07.2008: „Triumph des Unbeirrbaren,” *Spiegel-Online*, <http://www.spiegel.de/politik/ausland/betancourt-befreiung-triump-des-unbeirrbaren-a-563782.html>; zuletzt geöffnet: 25.05.2018.

Käufer, Tobias, 12.05.2011: „Chávez und seine Geschäfte mit der Guerilla,” *Zeit-Online*, <https://www.zeit.de/politik/ausland/2011-05/venezuela-chavez-farc>; zuletzt geöffnet: 19.06.2018.

Kumar, Krishna, 1998: “Post-conflict Elections and International Assistance,” in: Kumar, Krishna (Hrsg.): *Postconflict Elections, Democratization, and International Assistance*, Boulder Colorado.

Kurtenbach, Sabine, 2012: *Kolumbien – der weite Weg zu Kriegsbeendigung und Frieden*, GIGA-Focus, Nr.11.

Kurtenbach, Sabine, 2017: *No One Size Fits All - A Global Approach to Peace*, GIGA-Focus, Nr.5.

Krumm, Thomas/ Noetzel, Thomas/ Westle, Bettina, 2009: „Ausgewählte wissenschaftstheoretische Grundlagen und Grundfragen,” in: Westle, Bettina (Hrsg.), 2009: *Methoden der Politikwissenschaft*, Baden-Baden.

LaFM, 28.04.2018: “Iván Márquez anuncia que no se posesionará como senador,” <https://www.lafm.com.co/politica/ivan-marquez-anuncia-que-no-se-posesionara-como-senador/>; zuletzt geöffnet: 16.06.2018.

Lafuente, Javier, 04.09.2016: Juan Manuel Santos: “Una justicia perfecta no permite la paz”, *El País*, [https://elpais.com/internacional/2016/09/03/colombia/1472-916991\\_531673.html](https://elpais.com/internacional/2016/09/03/colombia/1472-916991_531673.html); zuletzt geöffnet: 07.06.2018.

León, Juanita, 25.05.2018: “¿Podría Duque modificar el Acuerdo de Paz?,” *La Silla Vacía*, <http://lasillavacia.com/podria-duque-modificar-el-acuerdo-de-paz-66216>, zuletzt geöffnet: 22.06.2018.

*Ley 1820*, 30.12.2016: “Por medio de la cual se dictan disposiciones sobre amnistía, indulto y tratamientos especiales y otros disposiciones,” PDF:

<http://es.presidencia.gov.co/normativa/normativa/LEY%201820%20DEL%2030%20DE%20DICIEMBRE%20DE%202016.pdf>, zuletzt geöffnet: 02.06.2018.

*Linz, Juan/ Stepan, Alfred*, 1996: *Problems of Democratic Transition and Consolidation: Southern Europe, South America, and Post-Communist Europe*, Baltimore.

*Los Tiempos*, 08.01.2015: “El ELN quiere participar en la política colombiana,”

<http://www.lostiempos.com/actualidad/mundo/20150108/eln-quiere-participar-politica-colombiana?page=2>; zuletzt geöffnet: 21.06.2018.

*Manetto, Francesco*, 18.01.2018: Iván Duque: “No hay que hacer trizas los acuerdos con las FARC, pero sí modificaciones importantes”, *El País*,

[https://elpais.com/internacional/2018/01/17/colombia/1516162343\\_892303.html](https://elpais.com/internacional/2018/01/17/colombia/1516162343_892303.html); zuletzt geöffnet: 03.03.2018.

*Manning, Carrie*, 2004: “Armed Opposition Groups into Political Parties: Comparing Bosnia, Kosovo, and Mozambique,” in: *Studies in Comparative International Development* 39, Nr.1: 54–76.

*Manning, Carrie*, 2007: “Party-Building on the Heels of War: El Salvador, Bosnia, Kosovo and Mozambique,” in: *Democratization*, Vol. 14, Nr.2: 1–25.

*Marti, Werner*, 17.10.2012: „Start der Gespräche mit den Farc,” *Neue Zürcher Zeitung*,

<https://www.nzz.ch/start-der-gespraechе-mit-den-farc-1.17689833>; zuletzt geöffnet: 04.06.2018.

Mayers, Reinhard, 2011: „Krieg und Frieden“, in: Giessmann, Hans-Joachim/ Rinke, Bernhard (Hrsg.): *Handbuch Frieden*, Wiesbaden: 21-50.

McDermott, Jeremy, 04.08.2010: „How President Alvaro Uribe changed Colombia,” BBC, <http://www.bbc.com/news/world-latin-america-10841425>, zuletzt geöffnet: 02.06.2018.

McDermott, Jeremy, 02.05.2014: *The BACRIM and Their Position in Colombia's Underworld, Insight Crime. Investigation and Analysis of Organized Crime*, <https://www.insightcrime.org/investigations/bacrim-and-their-position-in-colombia-underworld/>; zuletzt geöffnet: 13.06.2018.

Mehler, Andreas, 2011: “Rebels and parties: the impact of armed insurgency on representation in the Central African Republic,” in: *The Journal of Modern African Studies* 49, 1: 115-139.

Miranda, Boris/ Watson, Katy, 11.03.2018: El presidente de Colombia, Juan Manuel Santos, en exclusiva con la BBC: "Es mejor tener a las FARC haciendo campaña, que matando, secuestrando o poniendo bombas", BBC, <http://www.bbc.com/mundo/noticias-america-latina-43365196>; zuletzt geöffnet: 14.03.2018.

*Misión de Verificación de la ONU en Colombia*, n. d.: Mandato, <https://colombia.unmissions.org/mandato>; zuletzt geöffnet: 19.06.2018.

Molano, Alfredo, 2016: “A lomo de mula. Viajes al corazón de las Farc,” Bogotá.

Naucke, Philipp/ Maibold, Günther, 2015: „Kolumbiens Weg zum Frieden. Die Verhandlungen zwischen der Regierung und der FARC-Guerilla bedürfen internationaler Begleitung,” SWP-Aktuell, Nr.50, PDF:

[https://www.swp-berlin.org/fileadmin/contents/products/aktuell/2015A50\\_naucke\\_lm.pdf](https://www.swp-berlin.org/fileadmin/contents/products/aktuell/2015A50_naucke_lm.pdf); zuletzt geöffnet: 23.05.2018.

Nylander, Dag/ Sandberg, Rita/ Tvedt, Idun, 2018: *Designing peace: the Colombian peace process*, Norwegian Centre for Conflict Resolution, Report, PDF:

<https://noref.no/Publications/Regions/Colombia/Designing-peace-the-Colombian-peace-process>; zuletzt geöffnet: 17.06.2018.

Organización de Estados Americanos (OEA), n. d.: Acerca de la MAPP/OEA, <https://www.mapp-oea.org/mappoea/acerca-de-la-mappoea/>; zuletzt geöffnet: 19.06.2018.

Office for the Coordination of Humanitarian Affairs (OCHA), 2018: Boletín Humanitario Mensual, Nr.69, PDF:

[https://reliefweb.int/sites/reliefweb.int/files/resources/180417\\_boletin\\_humanitario\\_marzo\\_1\\_trimestre\\_2018\\_vf.pdf](https://reliefweb.int/sites/reliefweb.int/files/resources/180417_boletin_humanitario_marzo_1_trimestre_2018_vf.pdf); zuletzt geöffnet: 13.06.2018.

Oficina del Alto Comisionado para la Paz (OACP), n. d.: P&R: “Sistema integral de Verdad, Justicia, Reparación y no Repetición,”

<http://www.alto-comision-adoparalapaz.gov.co/procesos-y-conversaciones/proceso-de-paz-con-las-Farc-ep/Paginas/PR-Sistema-integral-de-Verdad-Justicia-Reparacion-y-no-Repeticion.aspx>; zuletzt geöffnet: 05.06.2018.

Ottaway, Marina, 1997: “From Political Opening to Democratization?,” in: Ottaway, Marina (Hrsg.): *Democracy in Africa. The Hard Road Ahead*.

Oxfam, 2017: “Radiografía de la Desigualdad. Lo que nos dice el último censo agropecuario sobre la distribución de la tierra en Colombia,” PDF: <https://www.oxfam.org/es/informes/radiografia-de-la-desigualdad>, zuletzt geöffnet: 22.06.2018.

Pfeifenberger, Jonatan, 01.05.2017: „Kritik an geplantes Landgesetz der Regierung von Kolumbien, Amerika21,”

<https://amerika21.de/2017/04/175119/-landgesetz-kolumbien>,  
zuletzt geöffnet: 22.06.2018.

Rittberger, Volker, 2008: „Auf dem Weg zum nachhaltigen Frieden? Aufgaben der Friedensforschung zu Beginn des 21. Jahrhunderts,“  
PDF: [http://ifsh.de/pdf/-aktuelles/2008-10-15\\_Rittberger\\_MPSVortrag.pdf](http://ifsh.de/pdf/-aktuelles/2008-10-15_Rittberger_MPSVortrag.pdf); zuletzt geöffnet: 09.05.2018.

Rodríguez, José M., 19.03.2018: “Lo que Iván Duque dice sobre el ELN, los acuerdos de paz con las FARC y Germán Vargas Lleras,“  
CNN en Español, <http://cnnespanol.cnn.com/video/ivan-duque-acuerdo-eln-paz-condiciones-Farc-elecciones-colombia-intvw-conclusiones/>; zuletzt geöffnet: 25.05.2018.

Sartori, Giovanni, 1976: *Parties and Party Systems: A Framework for Analysis*, Cambridge.

Schrader, Lutz, 2016: „Friedenskonsolidierung: Herausforderungen und Praxis, Bundeszentrale für politische Bildung,“  
<http://www.bpb.de/internationales/welt-weit/innerstaatliche-konflikte/54774/friedenskonsolidierung>; zuletzt geöffnet: 03.03.2018.

Schreyer, Bernhard/ Schwarzmaier, Manfred, 2000: *Grundkurs Politikwissenschaft. Studium der politischen Systeme. Eine studienorientierte Einführung*, Wiesbaden.

Security Council, 25.01.2018: Resolution 2261 (2016), PDF:  
<https://undocs.org/en/S/RES/2261>; zuletzt geöffnet: 19.06.2018.

Security Council, 20.04.2001: Resolution S/2001/394, PDF:  
<http://www.security-councilreport.org/atf/cf/%7B65BFCF9B-6D27-4E9C-8CD3-CF6E4FF96FF-9%7D/PKO%20S%202001%20394.pdf>; zuletzt geöffnet: 21.06.2018.

Semana, 11.–18.03.2018: “Farc: aterrizaje forzoso,“ Nr. 1871: 26-27.

*Semana*, 11.–18.03.2018: “Bajar el tono,” Nr. 1871: 30-31.

*Semana*, 11.–18.03.2018: “¡Llegó la JEP!,” Nr. 1871: 36-37.

*Semana*, 18.–25.03.2018: “El tal miedo a la FARC ya no existe,” Nr. 1872: 40-41.

*Semana*, 18.–25.03.2018: “El gran elector,” Nr. 1872: 36.

*Semana*, 18.–25.03.2018: “Iván, el que dijo Uribe,” Nr. 1872: 32.

*Semana*, 18.–25.03.2018: “Enfoque Político,” Nr. 1872: 20.

*Semana*, 18.–25.03.2018: “¿Quién se queda con el centro?,” Nr. 1872: 24-27.

*Semana*, 18.–25.03.2018: “El Sistema Político Está Bloqueado,” Nr. 1872: 29.

*Semana*, 15.05.2018: “Timochenko invita a Uribe a que vayan a la Comisión de la Verdad,”

<https://www.semana.com/nacion/articulo/timochenko-invita-a-uribe-a-que-vayan-a-la-comision-de-la-verdad/567191>; zulezt geöffnet: 13.06.2018.

*Semana*, 28.01.2018: "Aprendimos de los errores y aciertos del castrochavismo": Rodrigo Londoño,

<https://www.semana.com/nacion/articulo/entrevista-rodrigo-londono-timochenko-como-candidato-de-la-farc/554946>; zulezt geöffnet: 17.06.2018.

*Semana*, 17.10.2012: “Por qué Noruega enarbola la bandera de la paz,”

<https://www.-semana.com/politica/articulo/por-que-noruega-enarbola-bandera-paz/266-461-3>, zulezt geöffnet: 18.06.2018.

*Shugart*, Matthew, 1992: “Guerrillas and Elections: An Institutional Perspective on the Costs of Conflict and Competition,” *International Studies Quarterly* 36: 121-152.

*Silva*, Maria A., 2017: “Alvaro Uribe: The Most Dangerous Man in Colombian Politics, Council on Hemispheric Affairs,” PDF: <http://www.coha.org/wp-content/uploads/2017/10/Maria-Alejandra-Silva-Alvaro-Uribe.pdf>; zuletzt geöffnet: 24.05.2018.

*Söderberg Kovacs*, Mimmi, 2008: “When rebels change their stripes: armed insurgents in post-war politics,” in: Jarstad, Anna K./ Sisk, Timothy D. (Hrsg.): *From War to Democracy. Dilemmas of Peacebuilding*, New York: 134-156.

*Söderberg Kovacs*, Mimmi/ *Hatz*, Sophia, 2016: “Rebel-to-party transformations in civil war peace processes 1975-2011,” in: *Democratization*, Vol. 23, Nr.6: 990-1008.

*The Economist Intelligence Unit*, n. d.: Democracy Index. Colombia, <https://infographics.economist.com/2018/DemocracyIndex/>, zuletzt geöffnet: 12.06.2018.

*Unidad para las víctimas* (Stand: 01.04.2018): “Registro Único de Víctimas (RUV),” <https://rni-unidadvictimas.gov.co/RUV>, zuletzt geöffnet: 03.05.2018.

*United States Institute of Peace/ U.S. Army Peacekeeping and Stability Operations Institute*, 2009: “Guiding Principles for Stabilization and Reconstruction,” Washington.

*Uppsala Conflict Data Program (UCDP)*, n. d.: Colombia, <http://ucdp.uu.se/-#country/100>; zuletzt geöffnet: 13.06.2018.

*Villamil*, Ximena A., 2016: “La comunidad internacional y su participación en los procesos de paz en Colombia,” in: *Equidad & Desarrollo*, Nr. 26: 207-222.

*Vivanco*, José M., 27.09.2016: “Colombia Peace Deal’s Promise, and Flaws,” Human Rights Watch, <https://www.hrw.org/news/2016/09/27/colombia-peace-deals-promise-and-flaws>, zuletzt geöffnet: 27.05.2018.

*Walter*, Barbara F., 2010: “Conflict Relapse and the Sustainability of Post-Conflict Peace,” World Development Report 2011, PDF: [http://web.worldbank.org/archive/website01306/web/pdf/wdr%20background%20paper\\_walter\\_0.pdf](http://web.worldbank.org/archive/website01306/web/pdf/wdr%20background%20paper_walter_0.pdf); zuletzt geöffnet: 22.02.2018.

*Zeit Online*, 13.03.2018: „Kritiker des Friedensabkommens dominieren die Wahl,” <http://www.zeit.de/politik/ausland/2018-03/kolumbien-Farc-wahlen-kritiker-friedensschluss>; zuletzt geöffnet: 14.03.2018.





Die politische Inklusion von Rebellen Gruppen ist seit dem Ende des Kalten Kriegs häufig ein wesentlicher Bestandteil von innerstaatlichen Friedensverträgen. Nach dem Motto „from bullets to ballots“ folgt diese der Tradition des Liberalen Friedens und wird kaum noch hinterfragt. Jedoch hat Söderberg Kovacs im Jahr 2008 einen Aufsatz vorgelegt, der auf die Problematiken von negativen Wechselwirkungen zwischen Prozessen der Demokratisierung und der Konfliktbewältigung bei Rebellentransformationen in Transformationsstaaten aufmerksam macht. Mit dem Beispiel Kolumbien knüpft die vorliegende Arbeit an diesen Ansatz an und zeigt in einer qualitativen Einzelfallstudie, dass auch Staaten mit langer Demokratietradition nicht vor negativen Effekten dieser Dilemmata gefeit sind. Allerdings kristallisieren sich einige Besonderheiten heraus, welche in Hypothesen übersetzt und theoriebildend wirken sollen. Besonders nach der Wahl Iván Duques zum Präsidenten sieht der Friedensprozess unsicheren Zeiten entgegen. Dabei wäre eine Abmilderung der konfliktverschärfenden Dilemmasituationen dringend notwendig, um den fragilen Frieden nach dem historischen Abkommen zwischen der Regierung Santos und der FARC nicht weiter zu beschädigen.

*Diese Arbeit wurde mit einer ehrende Auszeichnung des Jahres 2019 im EuroISME-Wettbewerb für die beste Abschlussarbeit in Militärethik ausgezeichnet. EuroISME wird die Arbeiten der Preisträger jährlich veröffentlichen.*

